

# Bei uns in NRW

Ausgabe 03/2020  
www.cdu.nrw  
Einzelpreis 2,50 €

Das Magazin der  
CDU Nordrhein-Westfalen



Rückblick auf die  
Kommunalwahl 2020



Gastbeitrag von  
Arndt G. Kirchhoff



# WOHL BEHÜTET AUFGEWACHSEN.



Ich weiß genau,  
wo das Holz herkommt,  
was in mir steckt.

100% aller weltweit eingesetzten  
Zellstofffasern sind nach dem  
Standard des Forest Stewardship  
Council (FSC®) zertifiziert.

Mehr erfahren Sie unter  
[karton-natuerlich.de](http://karton-natuerlich.de)

**KARTON,  
NATÜRLICH!**

 Eine Initiative des Fachverband  
Kartonverpackungen für flüssige  
Nahrungsmittel e.V.



*Liebe Vereinerinnen und Leser,*

wir stehen kurz vor dem Ende eines Jahres, das unser Land und unsere Gesellschaft sehr gefordert hat. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden wir mit Herausforderungen konfrontiert, wie es sie in der Bundesrepublik Deutschland bisher noch nie gegeben hat.

Für Ihren besonderen Einsatz in dieser Zeit möchte ich mich im Namen unseres Landesverbands ganz herzlich bedanken. Wir haben unter diesen besonderen Bedingungen einen gleichsam verantwortungsvollen wie erfolgreichen Kommunalwahlkampf durchgeführt. Dank der guten Arbeit vor Ort übernehmen wir auch in den kommenden fünf Jahren Verantwortung in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen, um unser Land durch diese schwierige Zeit zu führen und wieder auf Kurs zu bringen.

Das ist umso wichtiger, weil schon jetzt klar ist, dass uns die Corona-Pandemie, die damit verbunden Einschränkungen des öffentlichen Lebens und die wirtschaftliche Krise auch noch längere Zeit weiterhin begleiten werden. Seitens der CDU Nordrhein-Westfalen werden wir weiterhin unseren Grundsatz verfolgen, den wir von Anfang gehabt haben: Bei steigenden Infektionszahlen müssen Schutzvorkehrungen verstärkt und bei sinkenden Infektionszahlen Grundrechtseingriffe zurückgenommen werden. Dazu werden wir weiterhin schwierige Entscheidungen treffen müssen. Einerseits müssen wir das Corona-Virus bekämpfen, andererseits

müssen wir den Menschen helfen, die von den schwerwiegenden Einschränkungen in Beruf und Privatleben besonders betroffen sind.

Jeder einzelne kann dabei mithelfen, die Verbreitung des Corona-Virus einzudämmen. Darüber hinaus sind wir alle dazu aufgerufen, unseren Teil zu leisten, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch in dieser Krise zu stärken. Das ist wichtig, weil wir mit Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel, geopolitischen Verschiebungen und vielem anderen zusätzlich zu Corona vor großen Herausforderungen stehen. Diese müssen wir entschlossen angehen. Es gilt in eine neue Gründerzeit zu starten. Die vorliegende Ausgabe unseres Mitgliedermagazins soll hierfür einige Denkanstöße liefern.

In dieser schwierigen Situation danke ich Ihnen umso mehr für Ihre Unterstützung. Ihnen und Ihren Familien wünsche ich einen gesegneten Advent, ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute, vor allem aber Gesundheit.

Herzliche Grüße

*Ralph Sonderrmann*

# Inhalt



14



20



18



4

## Laschet trifft

- 4 Rita Süßmuth und Anna Katharina Bölling

## Topthema

- 8 Mit Wasserstoff in die Zukunft:  
Chancen nutzen – Wie neue Technologien  
den Strukturwandel gestalten
- 11 75 Jahre CDU in Nordrhein-Westfalen

## Gastbeitrag

- 14 Arndt G. Kirchhoff: Die industrielle Transformation – Chance und Herkulesaufgabe für den Standort NRW

## Im Visier

- 18 Die Grünen im Spagat zwischen  
Realpolitik und Ideologie

## Rubriken

- 1 Vorwort
- 2 Impressum
- 3 Meldungen
- 12 Rückblick auf die Kommunalwahl 2020
- 16 12 Fragen an Silke Gorißen
- 17 12 Fragen an Marc Buchholz
- 20 Schlussgedanken: Hovenjürgens Ansage!

Zwischen den  
Seiten 10 und 11  
finden Sie eine neue  
Ausgabe „Landtag  
aktuell“.

Unter dieser Marke  
berichtet die CDU-  
Landtagsfraktion  
regelmäßig über ihre  
politischen Vorhaben  
und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden  
Sie Informationen über  
aktuelle Vorhaben,  
Initiativen und Anträge  
der CDU-Fraktion im  
nordrhein-westfälischen  
Landtag.

## Impressum

**Herausgeber:**  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
www.cdu.nrw

**V.i.S.d.P.:**  
Generalsekretär Josef Hovenjürgen

**Bild- und Textredaktion:**  
Katja Heins

**Autoren:**  
Katja Heins, Lukas Miebach, Frank Rauer,  
Günther Schuhmacher, Dr. Stephan  
Terhorst, Henrik Bröckelmann,  
Maximilian Glaubitz

**Redaktionsanschrift:**  
CDU Nordrhein-Westfalen  
Redaktion „Bei uns in NRW“  
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211 13600 – 0  
Fax: 0211 13600 – 15  
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

**Layout:**  
Designbüdchen  
Patrick Schneider  
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath  
info@designbuedchen.de  
www.designbuedchen.de

**Druck und Versand:**  
Deutsche Post  
E-POST Solutions GmbH  
Hansestraße 2  
37574 Einbeck

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Titelbild: Ralph Sondermann

## Bundeskanzlerin Angela Merkel besucht erstmals das Landeskabinett in Düsseldorf



Foto: Ralph Sondermann



Foto: Mark Hermenau

Hoher Besuch in Nordrhein-Westfalen: Ministerpräsident Armin Laschet hat Mitte August Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einer Kabinettsitzung im „K21“ in Düsseldorf empfangen. Das Ständehaus ist eines der ältesten Parlamentsgebäude Deutschlands, wo der nordrhein-westfälische Landtag bis Ende der 1980er Jahre saß.

Themen der Sitzung waren die wirtschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise, die Infektionszahlen im Land sowie die Gegenmaßnahmen der NRW-Koalition. Ministerpräsident Armin Laschet betonte diesbezüglich: „Für uns als Landesregierung gilt ein klares Prinzip: Wenn Infektionszahlen sinken, müssen Grundrechtseingriffe zurückgenommen werden – wenn Infektionszahlen steigen, müssen Schutzvorkehrungen verstärkt werden.“

Bundeskanzlerin Merkel gab dem Ministerpräsidenten Armin Laschet Rückendeckung für seinen politischen Kurs und lobte sein Corona-Krisenmanagement im einwohnerstärksten Bundesland.

Desweiteren standen die Europäische Ratspräsidentschaft und die Arbeit der Ruhr-Konferenz auf der Agenda. Im Anschluss an die Sitzung besuchten die Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident noch gemeinsam das Unesco-Welterbe Zeche Zollverein in der Ruhrgebiets-Stadt Essen.

Ministerpräsident Armin Laschet sagte über das Treffen: „Der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Nordrhein-Westfalen ist ein wichtiges Signal, sowohl für das Ruhrgebiet als auch für unser ganzes Land. Er ist auch eine Wertschätzung für die Arbeit zum Wohle von 18 Millionen Menschen und die dabei erreichten Erfolge.“

## Ministerpräsident Laschet zu Besuch im Vatikan: Einladung an Papst Franziskus für 2021

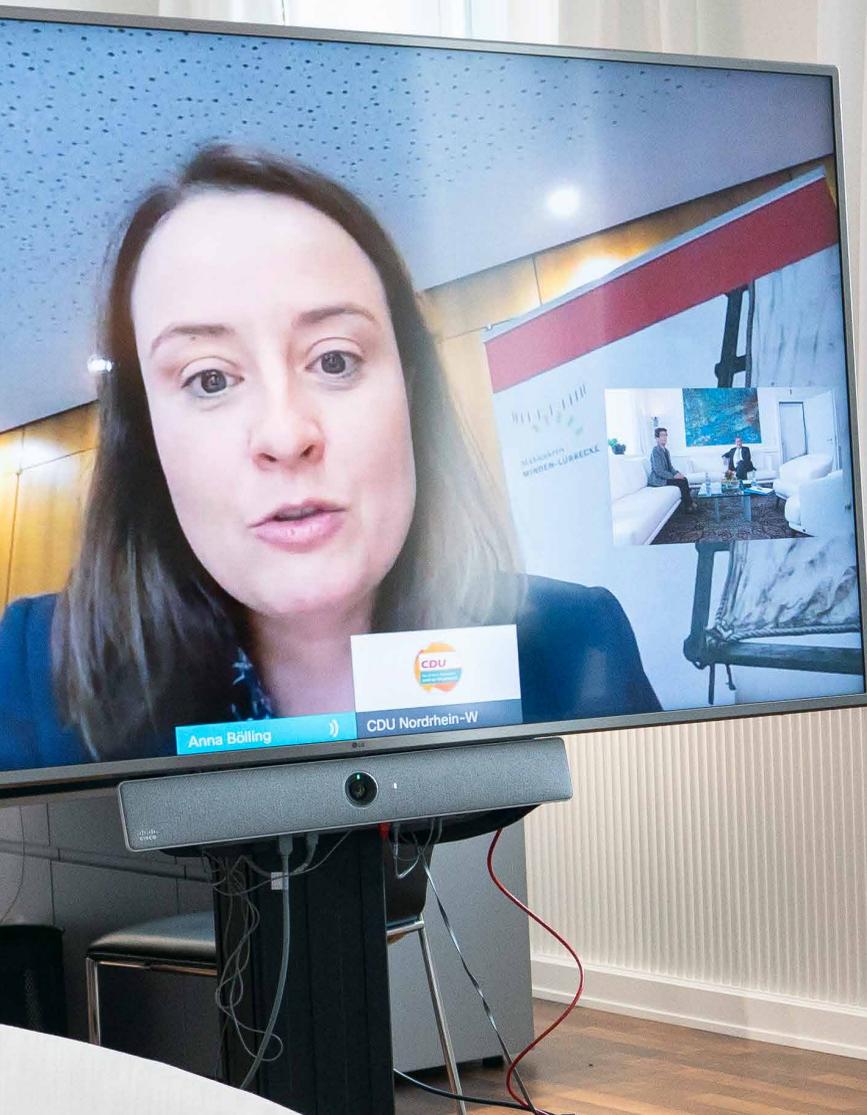
Anlässlich seiner Romreise im Oktober hat Ministerpräsident Armin Laschet Papst Franziskus für das kommende Jahr zu einem Besuch nach Nordrhein-Westfalen eingeladen. „Unsere Gesellschaften im Norden, die auch vom Zerbrecen bedroht sind, brauchen nicht so sehr finanziell Solidarität“, sagte Laschet den Medien nach einer Privataudienz im Vatikan. „Aber sie brauchen den spirituellen Impuls eines Mannes, der auch Menschen zusammenführen kann.“ Das Zusammenführen sei in einer Welt, in der viele „Mein Land first“ argumentierten, ein besonders wichtiger Impuls, den die Kirche geben könne. Laschet sagte weiter, der Papst verfolge die Entwicklung in Deutschland mit großem Interesse. Während der Privataudienz hatte der Papst dem Ministerpräsidenten und seiner Frau Susanne auch die historische Bibliothek präsentiert. Am Tag zuvor war Armin Laschet bereits mit dem italienischen Regierungschef Giuseppe Conte zusammengekommen.



Foto: Imago



Foto: Ralph Sondermann



Rita Süßmuth wurde am 17. Februar 1937 in Wuppertal geboren. Sie studierte Romanistik und Geschichte in Münster, Tübingen und Paris. Auf das erste Staatsexamen für Lehramt folgte 1964 die Promotion im Bereich Erziehungswissenschaft, Soziologie und Psychologie. 1971 wurde sie nach einigen Jahren als Dozentin an verschiedenen deutschen Hochschulen zur ordentlichen Professorin für Erziehungswissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Ruhr ernannt. Vor dem Wechsel in die Politik leitete sie das Institut

„Frau und Gesellschaft“ in Hannover. 1981 trat sie in die CDU ein. 1983 wurde sie Vorsitzende des Bundesfachausschusses der CDU für Familienpolitik, 1986 Bundesvorsitzende der Frauen Union und Mitglied des CDU-Präsidiums. Von 1987 bis 2002 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Ab 1985 war sie drei Jahre Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, bevor sie 1988 zur Bundestagspräsidentin gewählt wurde. 2000 und danach war sie Vorsitzende des Nationalen Migrationsrates, ab 2004 Mitglied des Migra-

**Laschet trifft ...**

# **... Bundestagspräsidentin a.D. Prof. Dr. Rita Süßmuth und Landrätin Anna Katharina Bölling**

tionsrates der UN. Ihr herausragendes Engagement in Stiftungen, Vereinen und Verbänden setzt sie auch nach ihrem Ausscheiden aus der aktiven Politik bis heute fort.

Anna Katharina Bölling wurde am 2. Juni 1980 in Bad Oeynhausens geboren. Nach dem Abitur in Minden studierte sie Politik und Geschichte an der Rheinischen Friedrich Wilhelms-Universität Bonn (Abschluss 2005). In der Folge arbeitete sie in verschiedenen Funktionen für die Konrad-Aden-

nauer-Stiftung, unter anderem in den Auslandsbüros in Warschau und Zagreb. Von 2011 bis 2017 war sie Referentin für Gesundheit, Soziales, Frauen, Familie und Kinder, Integration und Europa bei der CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen. Anschließend wurde sie Sozialdezernentin beim Landkreis Uelzen in Niedersachsen. Bei der Stichwahl am 27. September erhielt sie 63,7 Prozent der Stimmen und ist nun die erste Landrätin in ihrem Heimatkreis Minden-Lübbecke – der zuletzt 13 Jahre von der SPD regiert worden war.

*Liebe Rita Süßmuth, liebe Anna Bölling, vielen Dank, dass Ihr unser gemeinsames Gespräch möglich gemacht habt – Rita Süßmuth mit genügend Corona-Abstand hier im Büro und Anna Bölling per Video aus Minden-Lübbecke. Wir wollen heute über die Corona-Pandemie, aber auch andere wichtige Themen sprechen. Rita, Du warst von 1988 bis 1998 Bundestagspräsidentin und damit eine der wenigen Frauen in einem der höchsten Staatsämter unseres Landes. Wie hat sich unsere Gesellschaft beim Thema Gleichberechtigung seitdem weiterentwickelt?*

**Rita Süßmuth:** Bis in die 1980er Jahre war die Beteiligung von Frauen beschämend gering. Beschämend, weil es natürlich auch vorher schon genügend fähige Frauen für wichtige Ämter gegeben hat. Der Wille war da, sich weiterzubilden und Verantwortung zu übernehmen. Es hat nur leider sehr lange gedauert, bis man das akzeptiert und gefördert hat. Nicht zu akzeptieren ist der Tatbestand, dass die Gleichberechtigung von Frauen in den letzten Jahren wieder ins Stocken geraten. Das kann nicht so bleiben, gerade weil Frauen wie Anna Bölling beweisen, wie viel Potenzial vorhanden ist.



*Wir hatten in Nordrhein-Westfalen bis zur Kommunalwahl nur zwei Frauen in kommunalen Spitzenämtern – Henriette Reker als Oberbürgermeisterin von Köln und Eva Irrgang als Landrätin im Kreis Soest. Anna Bölling hat erfolgreich daran mitgearbeitet, diesen Missstand zu beheben. Anna, nervt es Dich schon, ständig auf dieses Thema angesprochen zu werden?*

**Anna Bölling:** Mir geht es natürlich grundsätzlich um eine sachorientierte Politik und um die Durchsetzung meiner Ziele für den Kreis Minden-Lübbecke, also beispielsweise bei den Themen Gesundheitsstandort und Digitalisierung. Gleichwohl ist mir natürlich bewusst, dass es nun mal leider immer noch eine große Rolle spielt, dass ich als Landrätin eine Frau bin. Das nervt mich aber nicht. Im Gegenteil: Ich möchte gerne daran mitarbeiten, Frauen für mehr Engagement in der Politik zu motivieren und bin da auch gerne Vorbild. Wir sollten schon jetzt auf einen noch größeren Anteil und Erfolg von Frauen bei der Kommunalwahl 2025 hinarbeiten.

*Ist es für jüngere Generationen wichtig, dass sie speziell Frauen in Vorbildfunktionen erleben?*

**AB:** Da bin ich mir ganz sicher. Sie, Frau Süßmuth, sind ja beispielsweise selber eine der Frauen, die sicher nicht nur für mich ein großes Vorbild gewesen sind. Ich finde es aber auch wichtig, dass es nicht nur ganz oben in Deutschland und Europa starke Frauen gibt, sondern eben auch in der Kommune oder im Kreis. Wenn eine junge Frau zum Kreisparteiabend geht, ist es sicher einladender und überzeugender, wenn da auch mal eine Frau als Landrätin oder Kreisvorsitzende vorne dabei ist.

*Die CDU hat 1985 ihre „Leitsätze für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ verabschiedet. Der Essener Parteitag stand unter dem Motto „Die neue Partnerschaft – Frauen in Beruf, Familie und Politik“, ein Projekt vor allem von Dir, liebe Rita Süßmuth, und Heiner Geissler. Was muss heute, 35 Jahre später, passieren, damit wir als CDU in Führungspositionen weiblicher werden?*

**RS:** Es liegt weniger an fehlenden Beschlüssen, als an der Umsetzung. Im Grundgesetz, Artikel 3 Absatz 2, heißt es, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Aber wer hat sich in der politischen Beteiligung in den ersten Jahrzehnten unserer Bundesrepublik tatsächlich an diesem Grundsatz orientiert? Frau Bölling hat richtigerweise gesagt, dass sie vor allem Sacharbeit leisten will. Genau das wollen die meisten Frauen, wie auch ein wachsender Anteil der Männer. Ich verstehe nicht, warum Männer damit ein Problem haben. Es ist eine Bereicherung, dass die Frauen daran mitarbeiten wollen, die Ungleichheit abzubauen und eine gleiche politische Beteiligung zu erreichen – gerade jetzt in einer Zeit, in der die Welt aus den Fugen gerät. Wenn man sieht, dass im Deutschen Bundestag seit 2017 sogar wieder deutlich weniger Frauen vertreten sind als vorher, ist klar: Das können wir ändern.

*Mit Blick auf die Parlamente stehen wir als CDU vor dem Problem, dass wir immer weniger Plätze über die Liste besetzen können und fast nur noch Direktmandate ziehen. Die Liste legen wir als Landesverband fest und können so Frauen stärken. Die Direktbewerber werden aber in den jeweiligen Wahlkreisen aufgestellt. Wie schaffen wir es, den Einfluss von Frauen vor Ort zu steigern und überhaupt mehr Frauen als CDU-Mitglied zu gewinnen?*



**AB:** Ein Punkt sind wie gesagt sicher Frauen als Vorbilder, die man vor Ort persönlich erlebt und ansprechen kann. Es geht aber auch um strukturelle und organisatorische Fragen. Kommunalpolitische Sitzungen sollten so terminiert werden, dass jedem ermöglicht wird, daran teilzunehmen. Wenn um 19 Uhr getagt wird, können in der Regel schon einmal all diejenigen nicht, die gerade ihre Kinder ins Bett bringen – und das sind in den meisten Fällen immer noch Frauen. Das „hybride“ Gespräch, das wir drei gerade führen, zeigt, dass es andere Möglichkeiten gibt als noch vor ein paar Jahren, um in einer Gruppe diskutieren und entscheiden zu können. Das sollte man nutzen. Am wichtigsten ist aber sicherlich die persönliche Einstellung jedes Einzelnen. Da muss jeder, auch jeder Kreisvorsitzende, selber überlegen, was er zum Guten verändern kann.

*Auch ich denke, dass es unsere Aufgabe ist, eine gute Beteiligung von Frauen in der Breite zu erreichen und nicht nur in Spitzenpositionen. Wir haben auf der einen Seite sowohl eine Frau als Bundeskanzlerin, als Parteivorsitzende und als EU-Kommissionspräsidentin. Auf der anderen Seite sieht man in unseren Parlamenten und in den Stadt- und Gemeinderäten vor allem Männer.*

**RS:** Wir müssen einsehen, dass eine größere Beteiligung von Frauen in solchen Positionen nicht von alleine kommt. Diesem Irrglauben ist man über Jahrzehnte gefolgt. Es bedarf struktureller Veränderungen. Hier sehe ich in der Digitalisierung große Potenziale. Wer von zuhause aus an einer wichtigen Konferenz teilnehmen kann, wird deutlich weniger Probleme damit haben, Beruf, Familie und Politik miteinander zu vereinbaren. So bekommen wir auch mehr Beteiligung in den CDU-Verbänden vor Ort und damit auch in der so wichtigen Kommunalpolitik hin. Eben weil die Direktbewerber für Landtag und Bundestag vor Ort gewählt werden, kann man so etwas von unten nach oben verändern. Starke Impulse gehen noch immer von den Landfrauen in ihrer heutigen breiten Zusammensetzung aus.

**AB:** Bei einigen Verbänden, die ich besucht habe, war ich bei den Sitzungen die einzige Frau im Raum. Wenn sich jedes dieser Gremien einmal intensiv damit beschäftigt, wie es etwas an dieser Situation ändern kann, hätte man in der Breite sicher auch schon etwas erreicht.



*Auf jeden Fall ist es gut, dass die Struktur- und Satzungskommission sich mit dem Thema beschäftigt und dem Bundesparteitag wichtige Maßnahmen vorgeschlagen hat. Aufgrund der Corona-Pandemie werden wir darüber allerdings erst im kommenden Jahr diskutieren können. Derzeit spüren wir die einschneidenden Maßnahmen zur Eindämmung des Virus überall. Ich kann mir vorstellen, dass es schönere Zeiten gibt, um in den neuen Job als Landrätin zu starten!*

**AB:** Es ist auf jeden Fall eine Zeit, in der man als Landrätin große Verantwortung übernehmen muss, beispielsweise als Leiterin des Krisenstabs. Unser Gesundheitsamt wird jetzt auch von der Bundeswehr unterstützt, wofür ich sehr dankbar bin.

*Was macht diese Krise aus Eurer Sicht so besonders?*

**RS:** Ein zentraler Bereich ist die Krise um Gesundheit und Arbeit – es sind alle Menschen in jeder Bevölkerungsgruppe gleichermaßen betroffen. Das macht Entscheidungen und Abwägungen auch so schwierig. Erstaunlich finde ich die Kreativität, mit der viele ihr begegnen, zum Beispiel bei der Nutzung digitaler Technik. Die hilft auch dabei, mit dem schwierigen Verzicht auf persönliche Kontakte umzugehen. Hier ist gerade die junge Generation vorangegangen. Das trägt dazu bei, dass wir als Gesellschaft stärker zusammenhalten. In Nordrhein-Westfalen wird uns diese Erneuerung gelingen.

**AB:** Diesen Zusammenhalt sehe ich als entscheidenden Punkt an. Die Pandemie und das Abstandhalten beschleunigen Probleme, die man auch vor Corona wahrnehmen konnte. Dazu zählt mangelnder Respekt, zum Beispiel vor Rettungskräften oder Verwaltungsmitarbeitern, aber auch eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber den Mitmenschen. Dem müssen wir entgegenarbeiten – jeder für sich mit der eigenen Einstellung, aber auch ganz grundsätzlich. Wir brauchen mit Blick auf Corona, aber auch den Klimawandel und andere internationale Herausforderungen mehr Miteinander, mehr europäische Lösungen und ein gemeinsames, entschlossenes Vorgehen.

*Wir müssen in der Tat darauf achten, dass wir auch die vielen anderen Herausforderungen im Blick behalten, mit denen wir uns abseits von Corona beschäftigen müssen. Und dafür ist es hilfreich, sich mit anderen auszutauschen. Ich danke Euch beiden ganz herzlich für dieses spannende Gespräch.* ■



# *Industriepolitik und Klimaziele vereinen*

*Die Chancen sind da – Mit Wasserstoff  
den Strukturwandel gestalten*

Chemie, Stahl & Co. sind wichtige Stützen der nordrhein-westfälischen Industrie, haben aber einen hohen Energiebedarf. Nun steht ein Energieträger zunehmend im Fokus, dessen Nutzung wie geschaffen für einen erfolgreichen Strukturwandel an Rhein und Ruhr scheint: Wasserstoff.

Es geht um mehr als die reine Stromproduktion mit Hilfe der Wasserstofftechnologie. Es geht um die Energieträger der Zukunft. Mit Wasserstoff lässt sich synthetischer Kraftstoff für unsere Autos herstellen, in Brennstoffzellen Strom erzeugen oder unser Wohnzimmer beheizen. Man kann ihn auch – statt Erdöl – dafür nutzen, um Rohstoffe für die Chemieindustrie zu gewinnen, aus denen dann beispielsweise Kunststoffe hergestellt werden. Kurzum: Mit Wasserstoff kann man prinzipiell all das tun, wofür wir bislang vor allem Öl, Kohle und Erdgas nutzen – ohne dass bei der Rückumwandlung in Energie CO<sub>2</sub> frei wird. Anders als Stein- und Braunkohle hinterlässt Wasserstoff beim Verbrennen praktisch keine Abgase.

Das macht das Gas zum idealen Ersatz für Kohle, Öl und Erdgas in Industrie und Verkehr. Dabei ist Wasserstoff keine Energiequelle, sondern ein Energieträger, mit dessen Hilfe man Energie speichern und transportieren kann. Wasserstoff macht die erneuerbaren Energien haltbar.

Großes Potenzial bietet die Verwendung von Wasserstoff gerade auch in der Stahlherstellung. Damit ließen sich laut Deutscher Energie-Agentur rund 95 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber der konventionellen Hochofenmethode einsparen. Nordrhein-Westfalen kann in der Wasserstoff-Technologie einen Spitzenplatz einnehmen.

Und so tut sich einiges in diesem Bereich in unserem Bundesland. In Saerbeck im Münsterland soll ein Wasserstoff-Campus entstehen: Der aus Thailand stammende Spezialist für Wasserstoff-Technologie Enapter wird in der 7.000 Einwohner-großen Gemeinde im Kreis Steinfurt eine Massenfertigungsanlage zur Herstellung von grünem Wasserstoff errichten. Der Baubeginn der Fabrik ist für Anfang 2021 vorgesehen, der Produktionsstart soll 2022 erfolgen.

Doch auch heute schon ist Nordrhein-Westfalen ein Wasserstoffland. Die nordrhein-westfälischen Industrieunternehmen setzen zurzeit jährlich rund 500.000 Tonnen an Wasserstoff um – fast ein Drittel des industriellen Verbrauchs von ganz Deutschland. Und Schätzungen zufolge wird sich der Wasserstoffbedarf hier bis 2030 mehr als verdoppeln.

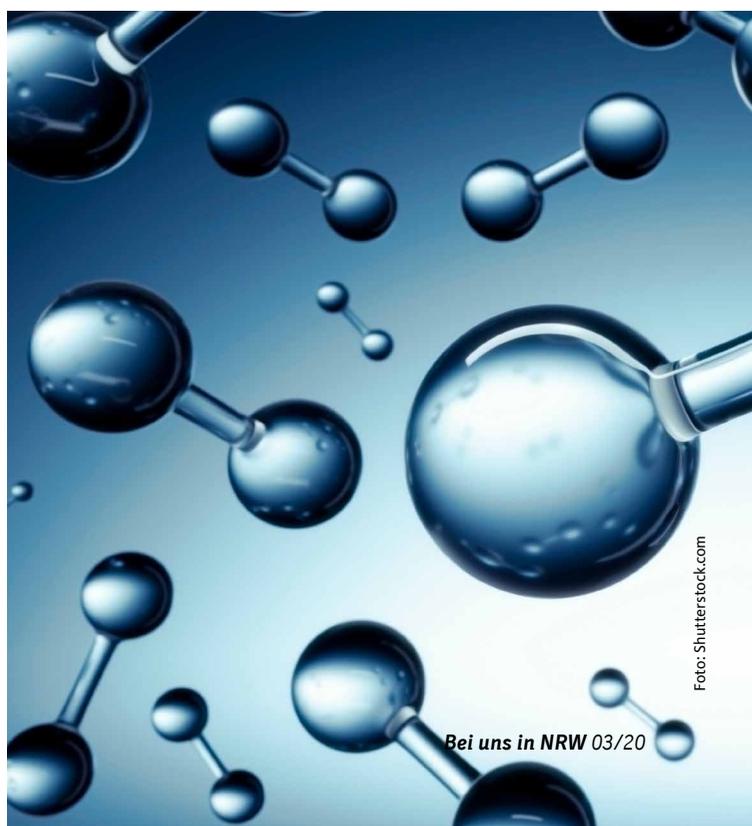
Ein Beispiel: Der französische Hersteller für technische Gase Air Liquide betreibt im Rhein-Ruhr-Gebiet das größte Wasserstoffnetz in Deutschland. Die mehr als 240 kilometerlange H<sub>2</sub>-Wasserstoffpipeline führt vom Kreis Recklinghausen über Bottrop, Gelsenkirchen, Herne, Oberhausen, Essen, Duisburg und Mül-

heim an der Ruhr über Düsseldorf bis nach Leverkusen. In Marl betreibt Air Liquide die größte Abfüllstation Europas für Hochdruckwasserstoff. Von dort werden Unternehmen per Lkw oder Leitung mit Wasserstoff versorgt.

Aufgrund seiner geografischen Lage im Herzen Europas eignet sich Nordrhein-Westfalen ganz besonders als europäischer Wasserstoff-Knotenpunkt. Mit den Häfen entlang des Rheins bietet NRW eine sehr gute Infrastruktur für den Transport. Und nicht nur das: Ziel ist es, dass bis zum Jahr 2024 die ersten Brennstoffzellenschiffe auf dem Rhein fahren. Auch im schweren Güterverkehr sieht die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen für Brennstoffzellenantriebe mit Wasserstoff großes Marktpotenzial. Insgesamt stellt das Land zudem ca. 150 Millionen Euro für mehr als 130 Projekte in der Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnik zur Verfügung.

Die Zukunft des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen ist auch mit der Entwicklung dieser Technologie eng verknüpft. Um das Ziel der Klimaneutralität und die Stärkung unseres Industriestandortes zu erreichen und damit den Wohlstand zu sichern sowie gleichzeitig das Klima zu schützen, müssen vor allem in der Industrie heute die Weichen für morgen gestellt werden.

Ministerpräsident Armin Laschet macht die Dringlichkeit einer Umstellung auf klimaschonende Abläufe deutlich, damit die hiesige Industrie im globalen Wettbewerb bestehen kann. Es gehe dabei auch um Arbeitsplätze: „Wir werden den hohen Beschäftigungsstand im Industrieland Nordrhein-Westfalen nur erhalten, wenn wir uns hier transformieren und die notwendigen Technologien nutzen.“ Industrieführer bleiben, Wohlstand sichern und Klima schützen – das gehe nur mit Wasserstoff.



Zusammengefasst: Mit der Wasserstoffstrategie soll der Aufbruch in eine neue Industrieära intensiviert und der Industriestandort Nordrhein-Westfalen durch nachhaltige industrielle Projekte gestärkt werden.

Ein Aufbruch in eine neue Zeit mit neuen Potentialen und Perspektiven findet auch im Rheinischen Braunkohlerevier statt. Geprägt über viele Jahrzehnte von der Braunkohle, Kraftwerken und Tagebaulöchern, gilt es diesem Gebiet einen neuen, nachhaltigen und zukunftsorientierten Charakter zu geben mit modernen Unternehmen und neuen Arbeitsplätzen. Der Wandel von klassischer Energieindustrie hin zu einer Modellregion mit neuer Energieversorgung – einem Strukturwandel, der geprägt sein wird von Ökonomie, Ökologie und sozialen Fragen. Hier wird deutlich, dass Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze sind. Unsere wirtschaftspolitische Handlungsgrundlage ist das Konzept einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Diese ist auch Bestandteil der neuen Leitentscheidung der NRW-Koalition, mit der der stufenweise Ausstieg aus der Braunkohleförderung und dem Strukturwandel dieser Region mit neuen Perspektiven gestaltet werden soll. Zentrale Aspekte der neuen Leitentscheidung sind, dass spätestens 2038 und nicht erst 2045 die Kohleförderung endet, CO<sub>2</sub>-Emissionen um bis zu 70 Prozent reduziert werden können und der Hambacher Forst erhalten bleiben kann.

Mit den geplanten Maßnahmen aus der Leitentscheidung wird den Kommunen im Rheinischen Revier aktiv bei der Bewältigung des Strukturwandels geholfen. Es werden neue Perspektiven aufgezeigt und damit einer ganzen Region neue Chancen gegeben. Die Themen Mobilität und Energie stehen dabei im Vordergrund.

Dabei sind die Entwicklung, Erprobung und Anwendung neuer Mobilitätslösungen und der Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus wird die Landwirtschaft wieder eine übergeordnete Rolle und besondere Funktion haben.

Transformation bedeutet Veränderung und Umgestaltung, aber auch neue Perspektiven erkennen und Chancen ergreifen. Diese wollen und müssen wir nutzen. Dabei ist das Miteinander von Politik und Gesellschaft zwingend.

(Lesen Sie hierzu auch den Gastbeitrag von Arndt G. Kirchhoff auf Seite 14).

**Projektpapier „Aufbruch in die Zukunft: Transformationspfade für nachhaltige industrielle Projekte in Nordrhein-Westfalen“.**

*Die CDU-geführte Landesregierung unter Ministerpräsident Armin Laschet hat sich mit Vorstandsvorsitzenden und Inhabern nordrhein-westfälischer Unternehmen zu einem branchenübergreifenden Spitzengespräch Wasserstoff getroffen. Dabei übergaben die Industrievertreter ein Projektpapier. Es stellt dreizehn konkrete Projektvorschläge auf dem Weg in eine klimaneutrale Transformation für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen vor. Gleichzeitig benennt das Papier die für deren Realisierung notwendigen politischen Weichenstellungen. Unter [www.land.nrw](http://www.land.nrw) finden Sie das 28-Seiten starke Papier.*

**LANDTAG aktuell:** Unter dieser Marke informiert die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre parlamentarischen Vorhaben und Aktivitäten.



## Die Zukunft beginnt heute

**F**lugtaxis als Teil der Mobilität der Zukunft, grüne Fassaden als Luftverbesserer in den Städten, Telemedizin zur Stärkung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Noch vor ein paar Jahren hätten diese Stichworte viele zum Schmunzeln gebracht: Zu sehr Vision, zu ambitioniert. 2020 werden alle diese Dinge real, es gibt sie teilweise schon. Die Transformation, also der Prozess der Veränderung, ist längst in vollem Gange.

Diese Entwicklung hat nur bedingt etwas mit der aktuellen Situation rund um Corona zu tun. Allerdings zeigt die Pandemie: Abseits von überflüssiger Bürokratie und Bedenken gehen wir hier in Nordrhein-Westfalen selbst und bewusst voran.

### Digitalisierung soll dem Menschen dienen

Das betrifft beispielsweise das ganze Thema Digitalisierung. Mobiles Arbeiten ist kein Problem mehr, sondern eine Herausforderung, der sich Unternehmen, wie auch die öffentliche Hand stellen. In der CDU-Fraktion gehören solche Flexi-Tage zum Alltag. Hybrides Lernen ist noch nicht komplett, aber zumindest als umsetzbares Ziel in den Klassenzimmern angekommen. Die Digitalisierung der Verwaltung, Stichwort „E-Government“, schreitet voran. Hier haben wir als CDU-Landtagsfraktion schon viele parlamentarische Ideen eingebracht: Wir möchten, dass die Menschen ihre Behördengänge von Zuhause aus machen können – quasi vom eigenen Sofa aus. Wir fördern Künstliche Intelligenz (KI), die uns das Leben erleichtern kann, wobei die Technik dem Menschen dienen soll und nicht umgekehrt.

### Bessere, sichere und saubere Mobilität

Neue Konzepte, die dem Menschen dienen, sind auch wichtiger Bestandteil der Mobilität der Zukunft. Im Koalitionsvertrag betonen wir, dass die CDU technologieoffen an neue Antriebe und Ideen herangeht, damit wir hier in Nordrhein-Westfalen auch in Sachen

Mobilität vorankommen. Rekordinvestitionen in den Radverkehr und die passende Infrastruktur sind ebenso Teil des Konzeptes wie die Stärkung des ÖPNV. Gleichzeitig behalten wir den Investitionsstau auf Autobahnen und an Wasserwegen im Blick und lösen ihn nach und nach auf. Wir wollen Bahnland Nummer 1 in Deutschland werden. Autonomes Fahren wird im Straßenbild erprobt und die Lufttaxis starten und landen schon teilweise an Flughäfen in Nordrhein-Westfalen. Mit diesem Mix, der Offenheit für Innovationen und dem Mut fürs Neue, machen wir die Mobilität der Zukunft besser, sicher und sauber.

### Klimaschutz made in NRW

Wir wollen mehr emissionsarme Antriebe, wie die Elektromobilität und auch Antriebe mit Wasserstoff. Den kann man nicht nur in der Mobilität fürs Klima gewinnbringend einsetzen, sondern auch in der energieintensiven Grundstoffindustrie, um CO<sub>2</sub> einzusparen. Bereits jetzt gibt es in Nordrhein-Westfalen das deutschlandweit größte Wasserstoffnetz, das die großen Industrie-Verbraucher vom nördlichen Ruhrgebiet bis ins Rheinland verbindet. Und es soll noch viel mehr dazukommen. Um eine bessere Vernetzung der wasserstoffverbrauchenden und -produzierenden Unternehmen voranzutreiben, traf sich die Landesregierung mit Vertretern führender Unternehmen zum „Spitzentreffen Wasserstoff“. Am 9. November wurde zudem die Wasserstoff-Roadmap vorgestellt. Von der Forschung bis zur Anwendung soll alles zukünftig in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Die bessere industrielle Nutzung von Wasserstoff ist ein wichtiger Schritt hin zu einer treibhausneutralen und zukunftsfähigen Industrie. 164,6 Millionen Euro investiert die NRW-Koalition aus CDU und FDP allein 2020 in Klimaschutz und Energiewende. Das ist sechsmal so viel wie Rot-Grün. Zusätzlich hält das Konjunkturpaket I des Landes Nordrhein-Westfalen mehr als 127 Millionen Euro für Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und Energiewende bereit. Wir treiben den Modernisierungskurs unseres Landes mit voller Kraft voran, übernehmen Verantwortung

beim Kohleausstieg, gehen in Deutschland voran und arbeiten am Energiesystem der Zukunft. Unser Ziel ist, Nordrhein-Westfalen zum modernsten und klimafreundlichsten Industriestandort Europas im Jahr 2030 zu machen.

Inwiefern die Wälder in Nordrhein-Westfalen unser Klima schützen, was wir dafür tun und warum das ein ureigenes CDU-Thema ist, lesen Sie auf Seite 6 und 7 im Interview mit unserem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Rainer Deppe.

**Arbeit der Zukunft**

Auch in der Arbeitswelt tut sich einiges. Von der Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit bis zum lebenslangen Lernen war die Zukunft der Arbeit im nordrhein-westfälischen Landtag Thema in der Enquetekommission „Digitale Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“. Nach zwei Jahren hat sie im Oktober-Plenum ihren Abschlussbericht veröffentlicht. Aktuell stehen wir vor einer Entwicklung, in der die Digitalisierung fast alle Arbeitsbereiche durchdringt. Für uns als CDU-Fraktion gilt es, die Chancen dieser Entwicklung zu erkennen und zielgerichtet für die Gestaltung der Arbeitswelt zu nutzen. 120 Handlungsempfehlungen gibt die Kommission, darunter Co-Working-Spaces für flexibleres mobiles Arbeiten und einen starken Fokus auf Weiterbildung auch für Erwachsene. Um die Vorteile, die der digitale Wandel mit sich bringt,

zielorientiert zu nutzen, bedarf es nach Auffassung der Kommission u.a. arbeitszeitpolitischer Neuerungen, zum Beispiel die Schaffung und Nutzung einer zusätzlichen Öffnungsklausel für mehr selbstbestimmte Arbeitszeit. Eine weitere Empfehlung der Kommission: Nordrhein-Westfalen sollte den Themen Forschung, Innovation und Technologie eine noch höhere Priorität einräumen. In Nordrhein-Westfalen haben zum Beispiel neun der 62 deutschen KI-Forschungseinrichtungen ihren Sitz. Damit ist unser Land zwar ein wichtiger Standort für die KI-Forschung in Deutschland, prozentual gemessen an der Bevölkerungszahl besteht aber auch hier weiteres Ausbaupotenzial. Die Arbeitswelt entwickelt sich stetig weiter – wir sollten uns flexibel an diese Entwicklung anpassen, immer mit dem Menschen im Blick und ausgerichtet am Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft.



Den vollständigen Abschlussbericht finden Sie hier auf unserer Homepage: <https://www.cdu-nrw-fraktion.de/abschlussbericht-digitale-arbeitswelt>

# Neue Sprecher, Bürgermeister und Landräte

*Seit dem 1. November arbeiten einige unserer Abgeordneten nicht mehr für uns im Landtag, sondern sind jetzt starke CDU-Stimmen in der kommunalen Familie. Wir gratulieren Arne Moritz, der Bürgermeister von Lippstadt ist und unseren Landräten Frank Rock (Rhein-Erft-Kreis) und Marco Voge (Märkischer Kreis).*

*Durch deren Wahlerfolg ergeben sich Veränderungen in der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen. Die nachrückenden neuen Abgeordneten stellen wir Ihnen im nächsten Heft vor. Hier aber erstmal unsere neuen Sprecherinnen und Sprecher.*



**Heinrich Frieling**

Neuer Sprecher im PUA II (Hackerangriff/Stabsstelle) ist der 35-jährige Landtagsabgeordnete Heinrich Frieling. Der Rechtsanwalt aus dem Kreis Soest strebt eine sachliche Aufarbeitung der Vorgänge an: „Dabei werden wir auch weiterhin parteipolitisch motivierte Inszenierungen der Opposition klar herausarbeiten und zurückweisen. Das hohe parlamentarische Gut eines Untersuchungsausschusses eignet sich nicht für parteitaktische Spielchen.“ Neben der Arbeit im Landtag engagiert sich Frieling u.a. auch als Mitgliederbeauftragter der CDU Nordrhein-Westfalen und in der kirchlichen Gemeindearbeit.



**Björn Franken**

Björn Franken ist 41 Jahre alt, vertritt seit 2017 als Abgeordneter die Interessen des östlichen Rhein-Sieg-Kreises im nordrhein-westfälischen Landtag und ist Ehrenamtsbeauftragter unserer Fraktion. Im Oktober 2020 wurde er einstimmig zum neuen Sprecher der Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ gewählt. „Ich freue mich darauf, im Rahmen meiner neuen Funktion aktiv an der Antwort auf die Frage mitzuarbeiten, wie unser demokratisches System gestaltet werden muss, damit es stark und zukunftsfähig ist.“



**Claudia Schlottmann**

Claudia Schlottmann ist unsere neue Sprecherin für Schule und Bildung. Die Landtagsabgeordnete für Langenfeld, Monheim und Hilden ist außerdem Stadtverbandsvorsitzende der Frauenunion Hilden. Bisher war sie ordentliches Mitglied im Schulausschuss, in dem sie nun ihre neue Aufgabe wahrnehmen wird.

„Ich möchte mit meiner Arbeit eine Brücke bauen zwischen der Schulpolitik auf Landesebene und dem Alltag in den Schulen vor Ort. Damit wir zielgerichtete, sinnvolle und durchsetzbare Maßnahmen ergreifen, um unseren Schülerinnen und Schülern die beste Bildung zu geben.“



**Olaf Lehne**

Zum neuen Sprecher für Haushalt und Finanzen ist der Landtagsabgeordnete Olaf Lehne gewählt worden. Der Düsseldorfer Rechtsanwalt übt sein Landtagsmandat bereits im zehnten Amtsjahr aus. „Meine langjährige parlamentarische Erfahrung kann ich nun gezielt in den Haushalts- und Finanzausschuss einfließen lassen. In meiner neuen Position freue ich mich sehr darauf, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen die solide Haushalts- und Finanzpolitik der NRW-Koalition weiter zu gestalten und unser Land voranzubringen.“

## Haushalt 2021: 82 Milliarden für Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen hält auch in Corona-Zeiten Kurs und plant für 2021 weiter ohne Schulden für den regulären Haushalt. Trotz Corona und damit vielen Milliarden weniger Steuereinnahmen schafft die schwarz-gelbe Landesregierung die ‚schwarze Null‘. Der Haushalt hat ein Volumen von fast 82 Milliarden Euro.

Seit diesem Jahr gilt die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse. Sie verpflichtet Bund und Länder, grundsätzlich ohne Neuverschuldung auszukommen. Außerdem gehört die ‚schwarze Null‘ zum Markenkern der CDU.

Nordrhein-Westfalen muss in Folge der Corona-Pandemie bis einschließlich 2023 mit rund 20,7 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen rechnen als erwartet. Das hat eine außerplanmäßige Steuerschätzung ergeben. Allein für das laufende Jahr sind Mindereinnahmen von 6,1 Milliarden Euro zu verkräften.

Der gewaltige NRW-Rettungsschirm oder Corona-Rettungsschirm der Landesregierung über 25 Milliarden Euro ist nicht Bestandteil des regulären Haushalts. Zwischen dem Haushalt ohne Corona-bedingte Sondereffekte und dem Rettungsschirm, aus dem alle direkten und indirekten Folgen der Corona-Krise finanziert und konjunkturelle Maßnahmen ermöglicht werden, wird getrennt. „Sämtliche Co-

rona-bedingten Ausgaben werden transparent abgebildet und über ein Sondervermögen des NRW-Rettungsschirms abgewickelt“, betont Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen. Mit dem Rettungsschirm werden auch die Steuermindereinnahmen refinanziert. 2023 soll die schwarze Null ohne Nutzung des Rettungsschirms erreicht werden, damit 2024 der Einstieg in die Tilgung der Corona-Kredite erfolgen kann.

„Der vorgelegte Landeshaushalt 2021 bietet Corona die Stirn. Er steht für Transparenz, Verlässlichkeit und Vorsorge“, analysierte Bodo Löttgen in seiner Rede zum Haushalt im Oktoberplenar: „Transparenz, weil wir Rettungsschirm und allgemeinen Haushalt klar erkennbar voneinander abgrenzen. Verlässlichkeit, weil das, was war, bleibt. Keine Einschränkung der Nachfrage des Landes gegenüber dem, was wir uns für normale Zeiten vorgenommen haben. Zudem Vorsorge, weil wir in Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen Brandmauern eingezogen haben, die uns die notwendige Rückkehr zur haushaltspolitischen Normalität ermöglichen.“

### **Kommunen werden nicht alleingelassen**

Die Kommunen verfügen über weit mehr als acht Milliarden Euro zusätzliche Mittel gegenüber dem Bilanzstrich zu

rot-grüner Regierungszeit. Mehr als die Hälfte davon strukturell und dauerhaft! Den Belangen der Kommunen wird nicht nur in diesem Jahr (z.B. durch die Kompensation ihrer Gewerbesteuerausfälle in Höhe von 2,8 Mrd. Euro) Rechnung getragen, sondern ihre Zuweisungen und Zuschüsse sollen auf dem erhöhten Niveau der Finanzplanung 2019 bis 2023 belassen werden. Damit erhalten die Kommunen Planungssicherheit. „Diese NRW-Koalition ist die kommunalfreundlichste Landesregierung, die dieses Land je gesehen hat“, so Löttgen. Um auch künftig flexibel und zeitnah auf die sich ergebenden Herausforderungen reagieren zu können, schlägt die Landesregierung dem Parlament vor, den NRW-Rettungsschirm in den kommenden beiden Jahren fortzuführen.

### **Investitionen werden deutlich verstärkt**

Mit dem Haushalt 2021 setzt Nordrhein-Westfalen erneut klare Schwerpunkte. Im Fokus stehen weiterhin auch mittel- und langfristige Investitionen in die Zukunft des Landes, insbesondere in den Bereichen Kinder und Familie, Innere Sicherheit, Schule und Bildung, Gesundheit (Sanierung und Modernisierung von Krankenhäusern und Unikliniken), Digitalisierung (digitale Verwaltung, Breitbandausbau) und Infrastruktur, Rheinisches Revier, Wissenschaft, Forschung und Klimaschutzpolitik (Elektromobilität, treibhausgasneutrale Industrie).

#### **FAMILIE**

Für bessere Kinderbetreuung werden zusätzlich rund 437 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mindestens 115 Millionen Euro jährlich stehen zur Schaffung neuer Kita-Plätze bereit.

## Highlights des Haushalts

#### **INNERE SICHERHEIT**

Für den Kampf gegen Kindesmissbrauch und Cyberkriminalität werden 105 Spezialisten eingestellt. Für den Kampf gegen Terror und Extremismus erhält der Staatsschutz 80 neue Stellen. Außerdem werden 2760 Kommissaranwärter eingestellt.



#### **VERKEHR**

Für Projekte des Rad- und Fußverkehrs sind gut 54 Millionen Euro vorgesehen - 15 Millionen Euro mehr als 2020.

#### **SCHULE**

2021 richtet die Landesregierung rund 2750 Stellen für Lehrkräfte ein, im Bereich der schulischen Inklusion werden rund 750 neue Stellen geschaffen. Der Offenen Ganztags im Primarbereich wird um 25 000 Plätze ausgebaut.

#### **RHEINISCHES REVIER**

Für die Kofinanzierung zusätzlicher Bundesmittel für das Rheinische Braunkohlerevier stellt das Land 2021 30 Millionen Euro zur Verfügung, 2022 werden es 160 Millionen Euro sein.

#### **WISSENSCHAFT**

Zusätzlich 94 Millionen Euro werden für die Universitätskliniken bereitgestellt.

# Nordrhein-Westfalen wird Medien-Digital-Land Nummer 1

Unsere wichtigste Aufgabe in der Medienpolitik ist es, die vielfältige und qualitätsvolle Medienlandschaft in Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig zu machen und Nordrhein-Westfalen als führendes Medien-Digital-Land zu profilieren. Deshalb haben wir als CDU-Landtagsfraktion die Medienpolitik für Nordrhein-Westfalen seit 2017 deutlich aufgewertet, vor allem mit diesen Maßnahmen:

**Wir stärken die Film- und Fernsehbranche in Nordrhein-Westfalen.** Dafür bauen wir die Film- und Medienstiftung NRW als zentrale Förderagentur für Kinofilme, Fernsehproduktionen und Games-Projekte weiter aus. Eine aktuelle Studie hat vor kurzem bestätigt: Nordrhein-Westfalen ist nicht nur Fernsehstandort Nummer 1 in Deutschland, sondern auch einer der größten und attraktivsten Produktionsorte in Europa. Mit einem Fördervolumen von aktuell ca. 39 Mio. Euro, unter anderem für 67 Kinofilme, 11 Serien- und TV-Formate und 11 Games-Projekte, zählt die Film- und Medienstiftung NRW zu den finanzstärksten Förderhäusern in Deutschland und Europa.

**Wir entwickeln Nordrhein-Westfalen zum Games-Standort Nummer 1.** Die Spiele-Entwickler sorgen für Arbeitsplätze und treiben Innovationen in anderen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung voran. Computerspiele werden als Lehr- und Lernmittel eingesetzt, und zum Beispiel die Virtual-Reality-Brille, ein klassisches Tool der Spielebranche, wird längst in der Automobilindustrie und in der Medizin genutzt. Die Games-Branche ist ein Wirtschaftszweig mit Zukunft, bei dem Nordrhein-Westfalen seit 2017 deutlich aufholt.

**Wir machen das duale Rundfunksystem fit für die Zukunft.** Mit unserer Gesamtstrategie „Radio in NRW 2022“ für ein zukunftsfähiges Radio und einen wirtschaftlich tragfähigen Lokalfunk stärken wir die 44 NRW-Lokalsender auch über die Corona-Krise hinaus. Dafür haben wir die Voraussetzungen im Landesmediengesetz für die Vergabe neuer digitaler

und zusätzlicher analoger Frequenzen geschärft. Insbesondere für freiwerdende UKW-Frequenzen müssen die Bewerber die lokale bzw. regionale Anbindung redaktioneller Strukturen nachweisen und einen Beitrag zum Erhalt des bestehenden Hörfunkangebots leisten. Außerdem erhält die Landesmedienanstalt zusätzliche Mittel, um innovative digital-journalistische Audio-Projekte zu fördern, denn viele Lokalsender tun sich noch schwer mit einer Digitalstrategie, die auch finanziell auskömmlich ist.

**Wir stärken die Medienbildung in Nordrhein-Westfalen.** Dazu fördern wir Projekte, die den kritischen, verantwortungsbewussten, aber auch den kreativen Umgang mit digitalen Medien vermitteln, und zwar auf allen Ebenen – in den Schulen genauso wie in der Ausbildung und in der Erwachsenenbildung. Das ist enorm wichtig, damit alle Menschen an Politik und Gesellschaft teilhaben können. Denn am Ende geht es beim Thema Medienbildung doch darum, im Zeitalter der Digitalisierung unsere Demokratie zu bewahren und unsere offene Gesellschaft zu schützen. Deshalb ist auch die Medienbildung Teil unserer Digitalstrategie, mit der wir Nordrhein-Westfalen gezielt zum Medien-Digital-Land Nummer 1 weiterentwickeln.



Andrea Stullich

Andrea Stullich ist medienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion und hat vor ihrer politischen Karriere mehr als 25 Jahre als Radio-Journalistin und Chefredakteurin gearbeitet.

**„Der schönste Wald  
ist der vor der Haustür“**

**Interview** *Rainer Deppe ist CDU-Fraktionsvize und Wald-Liebhaber. Leider sind die Wälder in Nordrhein-Westfalen in teils katastrophalem Zustand. Ideen für ihre Zukunft gibt es aber.*

**Herr Deppe, haben Sie einen Lieblingswald in Nordrhein-Westfalen?**

Nordrhein-Westfalen ist so ungeheuer vielfältig - auch die Wälder. Als Bergischer fühle ich mich in den frischen Wäldern an unseren Talsperren besonders wohl, etwa an der Bevertalsperre bei Hückeswagen. Oder auch im Siebengebirge mit den grandiosen Ausblicken auf das Rheintal. Aber eigentlich ist der schönste Wald immer der nächste vor der Haustür.

**Was bedeutet der Wald für Sie persönlich?**

Vor allem Ruhe, frische Luft und Entspannung. Aber immer gibt es etwas zu entdecken. Natur bedeutet ständige Veränderung.

**Wie geht es denn den Wäldern?**

Im Moment gar nicht gut. Das dritte Trockenjahr in Folge lässt die Bäume regelrecht verdursten. Bei den geschwächten Bäumen haben die zerstörerischen Borkenkäfer und Pilzkrankungen leichtes Spiel. Besonders dort, wo es in den Jahrzehnten zuvor viel Regen gab – im Bergischen Land und im Sauerland – werden 50 bis 60 Prozent der Bäume zunächst einmal verschwinden. Die Landschaft verändert sich derzeit von Woche zu Woche.

**Und warum kümmert sich die CDU so um den Zustand des Waldes – ist das nicht ein „grünes“ Thema?**

Die CDU hat sich schon um die Wiederbewaldung nach den Kriegsjahren gekümmert. Verbundenheit mit dem Wald gehört doch zur DNA der Deutschen, und daher auch zu unserer. Gut ein Viertel unseres Bundeslandes besteht aus Wald. Zumindest noch. Er ist für uns alle überlebenswichtig.

**Kann der Wald sich nicht selbst reparieren, wenn wir der Natur ihren Lauf lassen?**

Wohin die grün-ideologisch motivierte Forderung führt, den Wald sich selbst zu überlassen, kann man 13 Jahre nach Kyrill dort besichtigen, wo die Eigentümer diesem Rat gefolgt sind. Die jüngst im Landtag vorgestellte Auswertung des Landesbetriebs Wald und Holz belegt: beim Nichtstun folgen Fichten auf Fichten.

**Was haben Sie gegen Fichten?**

Nichts per se. Sie werden unserem Klimawandel nur leider nicht standhalten. Da brauchen wir andere Baumarten.

**Zwei Drittel der Wälder in Nordrhein-Westfalen sind in Privatbesitz – ist das ein Problem?**

Für die CDU ist die breite Streuung des Eigentums nie ein Problem, sondern Teil der Lösung und zugleich eine große Chance. Vielfalt ist immer stabiler als Uniformität. Wir wollen die Eigentümer unterstützen, damit sie in der Lage sind, sich um ihren Wald zu kümmern. Eigentum, um das sich niemand kümmert, wird nämlich von selbst wertlos. Das wissen auch die Waldbesitzer.

**Welche Möglichkeiten hat die Politik, dem Wald zu helfen?**

Zuallererst durch Information und Beratung. Aber es fließt auch so viel zusätzliches Steuergeld in den Wald wie noch nie: in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen mindestens 57 Millionen Euro. Unsere Ministerin Ursula Heinen-Esser erleichtert ständig die überholten Förderverfahren aus rot-grüner Zeit. Auch im Wald ist Bürokratieabbau ein Thema.

**Warum halten Sie eine Baumprämie für so wichtig? Und woran hakt es?**

Der Wald sorgt für Sauerstoff, speichert Wasser, gleicht Temperaturen aus, ist Lebensraum für Insekten, Pilze, Vögel, Wild, schützt vor Erosion, er filtert CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre und speichert es im Holz. Die Waldeigentümer stellen diese Ökosystemleistungen der Gesellschaft bisher zum Nulltarif zur Verfügung. Sie hatten im Gegenzug schließlich die Erlöse aus dem Holzverkauf. Diese Einnahmequelle wird für mindestens 30 bis 40 Jahre wegfallen angesichts der Schäden. Da soll die Baumprämie aus dem neuen Energie- und Klimafonds des Bundes ein nur allzu berechtigter Ausgleich sein. Aber bisher blockiert diese Lösung SPD-Bundesumweltministerin Svenja Schulze.

**Wie sieht der Wald der Zukunft in Ihrer Vorstellung aus?**

Klimastabil und vielfältig. Der Wald der Zukunft wird ein artenreicher Mischwald sein. Im Waldbaukonzept der Landesregierung sind auf jeden Standort abgestimmt 23 unterschiedliche Waldentwicklungstypen exakt definiert. Dort finden wir ganz unterschiedliche Baumarten wie Eiche, Douglasie, Küstentanne, Ahorn, Esskastanie, Walnuss, Kiefer, Linde, Ahorn, Vogelbeere, natürlich auch Buche und Fichte; insgesamt fast 50 Arten.

**Wagen Sie doch mal eine Prognose: Trotz Extremwetter und Schädlingen – schafft unser Wald in Nordrhein-Westfalen das?**

Unsere Generation hat die Verantwortung dafür, dass unsere Nachkommen auch in 150 Jahren einen vitalen Wald haben. Wenn wir auf die Klimaveränderungen klug reagieren und wissenschaftliche Erkenntnisse mit der Praxiserfahrung der Waldeigentümer und der Förster verbinden, wird uns das gelingen.

(Foto: Peter Dresbach)

**Rainer Deppe**

**Stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender**

Rainer Deppe ist Rheinländer durch und durch – geboren im Schatten des Kölner Doms und heute zu Hause im Rheinisch-Bergischen Kreis. Seit den Anfängen seines politischen Engagements in den 70ern sind die Steckpferde des ausgebildeten Landwirts Umwelt- und Agrarpolitik. Er ist ehrenamtlich aktiv in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und der NRW-Stiftung für Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege.

## Engmaschig und reißfest:

***Wenn es um Wünsche für unsere Kinder geht, sind sich auch Politiker einig: Sie sollen gesund und glücklich aufwachsen können, sich behütet fühlen. Seit den Missbrauchsfällen von Lügde, Bergisch Gladbach und Münster wissen wir, dass diese Wünsche noch für zu viele Kinder in Nordrhein-Westfalen nicht wahr werden. Es braucht eine politische Kraftanstrengung. Viel ist passiert, seit vor bald zwei Jahren Spürhunde eine Campingplatzparzelle im Weserbergland durchsuchten. Aber: Wir sind noch lange nicht am Ende.***

Unmittelbar nachdem die Dimension des Falls Lügde Anfang 2019 ans Licht kam, erklärte Innenminister Herbert Reul den Kampf gegen Kindesmissbrauch zur Chefsache. Er richtete eine Stabsstelle ein mit dem Ziel, die Ermittlungen anzutreiben. Das geht nicht ohne Manpower: Inzwischen wurde die Zahl der Missbrauchsfahnderinnen und -fahnder bei der Polizei Nordrhein-Westfalen auf 400 vervierfacht, beim Landeskriminalamt sogar verfünffacht – damit hat Kindesmissbrauch bei der Kripo den gleichen Stellenwert wie Mord. Diese Ermittlerinnen und Ermittler leisten herausragende Arbeit am menschlichen Abgrund – für die sie künftig auf Antrag der NRW-Koalition monatlich 300 Euro als Erschwerniszulage und ausdrückliche Anerkennung der Landespolitik erhalten. Auch in moderne Auswertetechnik wurde kräftig investiert.

Wie Künstliche Intelligenz künftig helfen kann, Darstellungen von sexualisierter Gewalt an Kindern im Internet

aufzuspüren, erprobt derzeit die Justiz gemeinsam mit Software-Entwicklern. Das soll die Ermittlungen schneller machen und Fahnderinnen und Fahnder entlasten. Die Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime NRW (ZAC NRW) hat zudem eine eigene Task Force „Netzkonnexer Kindesmissbrauch“ gegründet, deren Spezialisten die Täter im Internet mit Hackermethoden verfolgen. Mit Erfolg: Allein rund um den Missbrauchsfall Bergisch Gladbach sicherten sie 30.000 digitale Spuren.

Missbrauchstäter müssen aber nicht nur gefasst werden, sondern auch hinter Gitter kommen. Das Problem: Sexualisierte Gewalt gegen Kinder, der Besitz und die Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen sind bisher nur als Vergehen eingestuft. CDU und FDP haben gemeinsam eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, um das zu ändern: Diese Taten sind Verbrechen und müssen auch mit Haft bestraft werden. Ein weiterer Vorstoß der CDU-Landtagsfraktion, der jetzt im Bund beraten wird: Sexpuppen, die kleinen Kindern nachempfunden sind, sollen auf dem deutschen Markt verboten werden, da sie sexuelle Handlungen an Kindern verharmlosen und laut Experten potenzielle Täter triggern.

Diese Täter sind im Fadenkreuz der Politik in Nordrhein-Westfalen. Das ist wichtig, aber nur ein Baustein. Im Mittelpunkt müssen beim Kinderschutz eben immer die Kinder stehen. In Nordrhein-Westfalen arbeitet deshalb eine Interministerielle Arbeitsgruppe quer durch die po-

# Unser Sicherheitsnetz für Kinder

litischen Ressorts an einem Landes-Kinderschutzkonzept zur Prävention und Hilfe bei sexualisierter Gewalt. Eine Landesfachstelle soll Ansätze, die es im Land gibt, flächendeckend weiterentwickeln. Durch die neu eingesetzte Kinderschutzkommission wurde das wichtige Thema auch dauerhaft im Landtag verankert.

Kinderschutz vom Kind aus gedacht – dieses Prinzip zeigt bereits Erfolge: So hat die NRW-Koalition beschlossen, Rechte der Kinder im Strafverfahren zu stärken – zum Beispiel durch kindgerechte Wartezonen in Gerichten, die den kleinen Zeugen die Angst nehmen und verhindern, dass sie ihrem Peiniger noch einmal über den Weg laufen. Mit der Unterstützung eines ersten Childhood-Hauses in Nordrhein-Westfalen an der Düsseldorfer Uni-Klinik schlägt die CDU-Fraktion einen neuen Weg ein: In dieser Einrichtung sollen Kinder nach Gewalt rasch und fachkundig untersucht und vernommen werden, sodass eine Aussage vor Gericht überflüssig wird und sofort eine Therapie beginnen kann.

Kinderschutz setzt viel Dialog voraus. Deshalb hat Nordrhein-Westfalen eine Initiative gestartet, um den Datenaustausch der Justiz mit den Jugendämtern zu vereinfachen: Künftig sollen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte nicht erst bei einer akuten Kindeswohlgefährdung, sondern schon bei Anhaltspunkten die Fachleute dort einschalten. Im Bundesrat gab es dafür Zustimmung, jetzt ist der Bundestag am Zug. Für mehr Austausch steht auch

das Kompetenzzentrum Kinderschutz NRW in Köln, dessen rechtsmedizinische Spezialisten Kinderärztinnen und Kinderärzte im ganzen Land bei Verdachtsfällen von Misshandlung und Missbrauch unterstützen – ein Modell, das es nun dauerhaft zu sichern und auszubauen gilt.

Die Bilanz der NRW-Koalition im Kinderschutz ist umfangreich. Aber die Ideen gehen uns noch lange nicht aus. Sie rücken jeden in den Fokus, der helfen könnte, die Welt unserer Kinder sicherer zu machen: Kitas und Schulen (Idee: einheitliche Kinderschutzkonzepte, mehr Qualifizierung für das Erkennen von Missbrauch und Misshandlung), Jugendämter (Idee: verbindliche Kooperation mit anderen Akteuren vor Ort, Standards für die Verfahrensqualität), Beratungsangebote (Idee: Unterstützung der Kommunen bei Finanzierung), Ärzte (Idee: Ausnahme von Schweigepflicht bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung wie in Österreich, mehr interkollegialer Austausch gegen Ärzte-Hopping) oder Polizei (Idee: Prüfung einer, auf den Tatbestand des Missbrauchs von Kindern, den Besitz und Handel solcher Darstellungen begrenzte Zulassung der Vorratsdatenspeicherung).

Ideen, die keine bleiben sollen. Damit irgendwann möglichst alle Kinder in Nordrhein-Westfalen gesund und glücklich aufwachsen, sich behütet fühlen dürfen. Denn das wünschen wir uns schließlich alle für sie.



# Beste Qualität bei der Patientenversorgung

„Drittes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen“ – was sich wie ein extrem komplizierter Gesetzesentwurf anhört, birgt ein ganz einfaches Ziel: die beste medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger.

Der Gesetzesentwurf der NRW-Koalition ist die gesetzliche Neuausrichtung der Krankenhausplanung für Nordrhein-Westfalen – weg von der Orientierung an der Bettenzahl, hin zu einer qualitätsbasierten medizinischen Versorgung. Eine Neuausrichtung, die dringend benötigt wird, da wir momentan eine Überversorgung in den Ballungsgebieten der Städte wahrnehmen können, im ländlichen Raum aber häufig eine Unterversorgung herrscht. Das will die NRW-Koalition ändern. Im Fokus steht dabei eine Umstrukturierung der 339 Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen durch die Einrichtung von Leistungsbereichen. Dadurch soll die Qualität der Patientenversorgung verbessert werden.

Nordrhein-Westfalens Krankenhäuser sind in 16 Versorgungsgebiete eingeteilt. Die bisherige Planung orientiert sich allein an der Anzahl der Krankenhausbetten, nicht an medizinischen Leistungen. Das bietet nicht ausreichend Spielraum für eine Steuerung der Kapazitäten. „Für uns steht der Mensch im Vordergrund, nicht ein belegtes Krankenhausbett“, kommentiert Peter Preuß, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, den neuen Gesetzesentwurf von CDU und FDP: „Unser Anspruch als NRW-Koalition ist es, dass die Menschen im Land immer durch Spezialisten behandelt werden können und die bestmögliche Versorgung erhalten.“

Für die zukünftige Planung der Krankenhausstandorte sollen zwei Fragen eine zentrale Rolle spielen: Wie viele Menschen brauchen welche stationäre Versorgung? Und was

wird neben einer Grundversorgung weiter im einzelnen Versorgungsgebiet benötigt? Nicht jedes Krankenhaus wird künftig jede Leistung anbieten. Die Anzahl der Krankenhäuser soll dafür aber nicht reduziert werden. Der Fokus wird sich vielmehr darauf richten, welcher Leistungsbereich in den vorhandenen Krankenhäusern angesiedelt werden kann. Ziel ist es, dass spezielle, nicht die Basisversorgung betreffende Behandlungen, auch von entsprechend spezialisierten, routinierten und erfahrenen Ärztinnen und Ärzten durchgeführt werden.

Ein praktisches Beispiel: Operationen rund um Knieprothesen werden an mehr als 230 Standorten in Nordrhein-Westfalen angeboten, pro Krankenhaus sind das im Schnitt nicht einmal zwei Eingriffe pro Woche. Das bedeutet: Der Patient muss für seine OP zwar nicht weit fahren, dafür hat er aber auch nicht immer den erfahrensten Operateur.

Damit nun jeder von einem hochqualifizierten Mediziner behandelt werden kann, wird überlegt, welcher Leistungsbereich in welchem Krankenhaus angesiedelt werden kann. Hierbei werden auch die notwendigen Bedarfe der einzelnen Versorgungsgebiete berücksichtigt.

Mit dem Erhalt der Krankenhäuser ist für eine flächendeckende Basisversorgung gesorgt. Jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen muss im Notfall ein Krankenhaus in der Nähe haben. Unser Ziel ist es, dass 90 Prozent der Bevölkerung zukünftig in 20 Minuten ein Krankenhaus für die Grundversorgung erreichen können. Mit der Neuausrichtung der Krankenhausplanung will die NRW-Koalition eine hochwertige, flächendeckende, innovative und wohnortnahe Patientenversorgung in Nordrhein-Westfalen sicherstellen.

# Fröhliche Weihnachten – trotz Corona

Es wird ein Weihnachten wie nie zuvor: Weihnachten in der Corona-Pandemie. Das höchste Familienfest steht vor der Tür in einem Jahr, das gerade für Familien oft ein sehr schweres war.

Schulunterricht am Küchentisch, geschlossene Kitas, Sehnsucht nach den Freunden, Verzicht auf die Geburtstagsparty, kein Kontakt zu Oma und Opa ... Eltern wurden zu Krisenmanagern in den eigenen vier Wänden. Mit einer Riesenschulpe Verantwortung. Für die Welt da draußen gab es klare Regeln, was eingeschränkt und wann gelockert wird. Familien mussten ihre eigene private Schutzverordnung stricken und ständig anpassen.

Was wir als Politiker in Nordrhein-Westfalen tun konnten, war, Familien nach Kräften zu unterstützen, um diese Verantwortung zu schultern. Das haben wir nicht nur mit unserem Einsatz für den Familienbonus getan, sondern auch indem wir Spielplätze so bald wie möglich geöffnet, den Regelbetrieb in Kitas und Schulen forciert haben.

Ähnliches gilt zu diesem Fest aller Feste im Corona-Jahr 2020. Die Politik unternimmt alles, um eine schöne Weihnacht für die Menschen in Nordrhein-Westfalen möglich zu machen. Aber letztlich sind wieder unsere Familien selbst als Planer im Krisenmodus gefragt: Wird es ein besinnliches Fest im Kreise aller Lieben oder hält man strikten Abstand zu den Großeltern, der Liebblingstante, dem Onkel, den man nur einmal im Jahr sieht? Funktioniert ein Fest der menschlichen Nähe mit Distanz? Wieder vertrauen wir auf die Familien und darauf, dass sie Nähe und Abstand so dosieren, dass es für sie und ihre Liebsten erträglich und verträglich ist. Sie sind der Kern unserer Gesellschaft und wir wissen – wir haben es in diesem Corona-Jahr nochmals gelernt – wie viel Kraft in ihnen steckt.

Nicht nur zu Hause in der Familie hat die Pandemie uns den Wert von Zusammenhalt vor Augen geführt. Aber zum Ende dieses Corona-Jahres ziehen sich leider auch Gräben durch unsere Gemeinschaft: zwischen Krisenmeisterern und -verlierern, zwischen Regeltreuen und Regelbrechern, zwischen denen, die noch immer Angst vor dem Virus haben, und denen, die nur noch die Nase voll haben. Ich glaube, uns allen tut zu diesem Zeitpunkt das oberste Fest der Gemeinschaft, der Menschlichkeit und Liebe gut.

Und die Weihnachtszeit ist eine Zeit, in der man sich etwas wünschen darf. Auch als Politiker. So wünsche ich mir zu Weihnachten, dass in dieser verrückten und auch sehr schweren Zeit Gräben überwunden werden und letztlich nur die Erkenntnis bleibt, wie stark wir sind, wenn wir zusammenhalten. Auch in unserer Familie Nordrhein-Westfalen.



Jens Kamieth

Jens Kamieth ist Sprecher für Familie, Kinder und Jugend der CDU-Landtagsfraktion. Er feiert Weihnachten in Siegen im Kreise der Familie, mit seinen Kindern.



## Löttgens parlamentarischer Nachschlag!

# Wissen und Gewissen. Balance in Zeiten der Pandemie.

Liebe Leserin, lieber Leser, zum Zeitpunkt Ihrer Lektüre im Dezember wissen Sie, ob und wie die Einschränkungen gewirkt haben, die wir gemeinsam mit der Landesregierung nach einer Sondersitzung des Landtages zum 2. November in Kraft gesetzt haben.

Weil uns Abgeordneten dieser Blick in die Zukunft natürlich verwehrt ist, bleibt uns, was Entscheidungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie mit manch anderer politischer Entscheidung verbindet: unser Wissen und unser Gewissen. Kann man auf der Grundlage dessen, was wir über die Ausbreitung des Virus wissen, guten Gewissens Entscheidungen treffen, die das öffentliche Leben drastisch einschränken, jeden Einzelnen in seinen Grundrechten einschränken und viele mit der Frage des wirtschaftlichen Überlebens konfrontiert? Antwort: Ja, man kann.

Bei 75 Prozent der Fälle, in denen Gesundheitsämter nicht mehr nachverfolgen können, wo man sich diese Infektion zugezogen hat, also die Lage Ende Oktober, lautet die Antwort: Man muss!

Es ist gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis, dass sich das Virus über soziale Kontakte ausbreitet. So lange ermittelt werden kann, wie Infektionsketten zustande kommen, sind regionale und/oder auf den Verursacher bezogene Maß-

nahmen möglich. Ist dies nicht mehr der Fall, bleibt uns nur, mit einer drastischen Beschränkung aller nicht notwendigen sozialen Kontakte die Notbremse zu ziehen, damit der Infektionszug zum Stillstand kommt. Nur so wird ein Gesundheitsnotstand mit absehbarer Überlastung unserer Krankenhäuser und des Personals verhindert. Nur so können die daraus entstehenden negativen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft begrenzt werden.

Nach Abwägung von Zweifel und Gewissheit, nach Prüfung, ob das, was wir planen, geeignet, erforderlich und angemessen, also rechtlich gesehen verhältnismäßig ist, habe ich diesen Maßnahmen mit gutem Gewissen zustimmen können. Damit wir diese Virus-Pandemie erfolgreich meistern, unser Alltagsleben, die notwendige medizinische Versorgung und den Erhalt einer leistungsfähigen Wirtschaft in Balance bringen können, ist jedoch mehr notwendig als die Erkenntnis, dass alle in einem Boot sitzen. Daher bitte ich Sie – mit aller gebotenen Demut vor den zugefügten Zumutungen – erneut um die notwendige Vernunft und die Solidarität, damit die Maßnahmen zu dem von allen dringlich ersehnten Erfolg führen.

Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest!

#### IMPRESSUM:

**Herausgeber:** CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf | **Vorsitzender:** Bodo Löttgen MdL  
**Parlamentarischer Geschäftsführer:** Matthias Kerkhoff MdL | **Redaktion:** Stephanie Feck, Joschka Thiel, Susann Kobienia, Juliane Kinast, Dirk Herrmann, Sarah Katharina Wolpers, Jacqueline Winkler | **Kontakt und Website:** [www.cdu-fraktion.nrw](http://www.cdu-fraktion.nrw) | **Bilder:** Shutterstock, Adobe Stock, CDU-Fraktion

75 Jahre CDU in Nordrhein-Westfalen:

## „Zukunft, das können wir“.

Unter dem Motto „Zusammenhalt aus Verantwortung“ hat die CDU Nordrhein-Westfalen im Spätsommer ihren 75. Geburtstag in Bochum gefeiert. Am 2. September 1945 waren gleichzeitig in Bochum und Köln die CDU Westfalen und die CDU Rheinland gegründet worden. 1986 fusionierten die beiden Landesverbände zur Christlich-Demokratischen Union Nordrhein-Westfalen.

Generalsekretär Josef Hovenjürgen begrüßte rund 150 Gäste und Ehrengäste, die unter strengen Hygiene- und Abstandsregeln im Starlight-Express-Theater nur unweit des Gründungsortes der CDU Westfalen zusammenkamen. Dem Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Armin Laschet, war es besonders wichtig, auch in Zeiten der Corona-Pandemie das Wirken der Gründungsväter und -mütter der CDU zu würdigen. „Es waren alles Leute, die dem Zivilisationsbruch der Schoah ein neues Deutschland entgegenstellen wollten.“ Der Kompass sei für sie das christliche Menschenbild gewesen. Er würdigte die CDU als eine Partei, die in den vergangenen 75 Jahren Gegensätze in der Gesellschaft überwunden habe. Dies mache die CDU als Volkspartei – gerade auch in der Corona-Pandemie aus.

Und: „Die CDU ist nie eine One-Man-Show.“ Man sei Volks-, nicht Klientelpartei. Die Festrede hielt der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Paul Ziemiak, der kurzfristig für die Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer eingesprungen war. Kramp-Karrenbauer hatte aufgrund der Vorkomm-

nisse um die Vergiftung des russischen Oppositionellen Alexei Nawalny kurzfristig absagen müssen. Für Ziemiak, der selbst aus Nordrhein-Westfalen kommt, ist die CDU eine Partei, die einen Drang nach Verantwortung habe. „Verantwortung ist für uns kein Selbstzweck. Wir wollen die Dinge besser machen. Deshalb vertrauen uns die Menschen auch in dieser Pandemie“, so Ziemiak. In 75 Jahren Parteigeschichte habe die CDU immer wieder Unerwartetes und Visionäres vollbracht. „Wir haben überrascht und begeistert. Und immer wieder bewiesen: Zukunft, das können wir. Darauf können wir stolz sein“, so der Bundesgeneralsekretär. Dabei sei Nordrhein-Westfalen nicht nur der größte, sondern auch der geschlossenste Landesverband der CDU.

„Hier in Nordrhein-Westfalen haben Neugier und Mut Tradition“, bekräftigte er und erinnerte mit den Kölner und Düsseldorfer Leitsätzen, der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises in Siegen, dem frauenpolitischen Parteitag 1985 in Essen und der Wahl Angela Merkels 2000 in Essen an wichtige Weichenstellungen für die CDU Deutschlands, die von Nordrhein-Westfalen ausgegangen seien.

Abgerundet wurde der Abend von der Musical-Sängerin Emilie du Leslay und dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel, der auf dem Klavier seinen Wahlkampf-Rag spielte.



## Kommunalwahl 2020: „CDU mit Abstand stärkste Kraft in Nordrhein-Westfalen“

*34,3 Prozent wählten die Kommunalpartei Nummer 1 – Insgesamt wurden 29 Oberbürgermeisterposten und Landratsämter gewonnen – Stephan Keller siegt in der Landeshauptstadt Düsseldorf*

Die Kommunalwahl 2020 in Nordrhein-Westfalen ist für die CDU insgesamt erfolgreich verlaufen. Die CDU NRW hat es geschafft, sowohl in den ländlichen Regionen als auch in bedeutenden Großstädten unseres Landes wichtige Wahlen zu gewinnen. In der Landeshauptstadt Düsseldorf erkämpfte sich Dr. Stephan Keller einen eindrucksvollen Stichwahl-Sieg mit 56 Prozent gegen den bisherigen SPD-Oberbürgermeister Thomas Geisel. In Essen, der viertgrößten Stadt Nordrhein-Westfalens, hat Oberbürgermeister Thomas Kufen sein Amt im ersten Wahlgang mit einem sensationellen Ergebnis von 54,3 Prozent verteidigt. Für den Hintergrund: Dieser Erfolg wurde in einer Stadt verbucht, die eine sozialdemokratische Historie hat; der Essener SPD-Chef ist übrigens der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Thomas Kutschaty. Mit seiner Partei musste er bei den Ratswahlen fast zehn Prozent einbüßen.

Insgesamt wählten 34,3 Prozent der Wahlberechtigten in Nordrhein-Westfalen die CDU. Unser Landesvorsitzender, Ministerpräsident Armin Laschet, stellte nach den Wahlen folgerichtig fest: „Die CDU Nordrhein-Westfalen ist mit Abstand stärkste Kraft in Nordrhein-Westfalen und weiterhin Kommunalpartei Nummer 1!“

Dabei war die Kommunalwahl in diesem Jahr eine Wahl unter besonderen Bedingungen: Die Corona-Pandemie erforderte zum Teil neue Mittel und Wege in der Wahlkampf-führung, wie etwa Autokino-Veranstaltungen, digitale Diskussionsformate und Bürgersprechstunden im Netz.

Weitere Details zu den Ergebnissen: Bereits im ersten Wahlgang gewannen 16 von 25 CDU-Oberbürgermeister- und Landratskandidaten die Wahl. In den darauffolgenden Stichwahlen gelang weiteren 30 von 51 Kandidaten der Sieg. Dabei wurde der bundesweit bevölkerungsreichste Landkreis Recklinghausen mit über einer halben Million Einwohnern erfolgreich durch den neu gewählten Landrat Bodo Klimpel gewonnen. In Mühlheim an der Ruhr erreichte CDU-Kandidat Marc Buchholz mit 56,9 Prozent die Mehrheit aller Stimmen, wodurch erstmals seit 18 Jahren wieder ein CDU-Mann das Amt führen wird. Im Kreis Wesel sicherte sich Ingo Brohl das Amt des Landrats in der Stichwahl mit 53,5 Prozent der Stimmen. In Oberhausen verteidigte Daniel Schranz das Oberbürgermeisteramt. Die Ergebnisse zeigen: Die CDU gewinnt im eher traditionell sozialdemokratisch geprägten Ruhrgebiet immer stärker das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler.

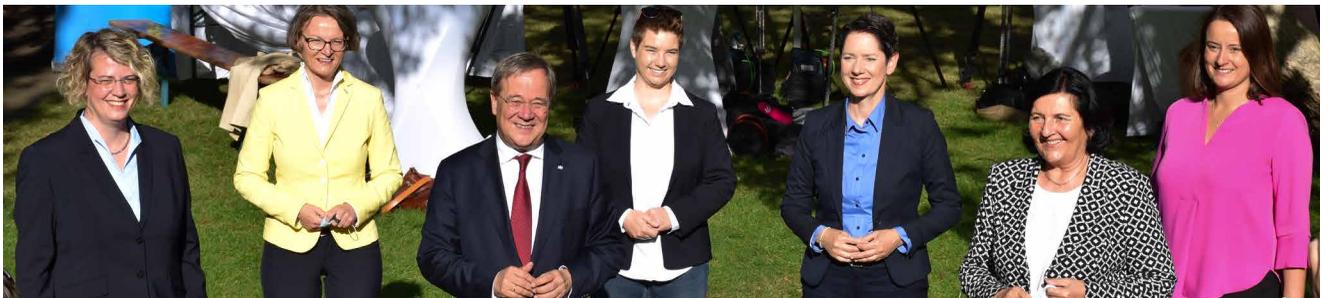




Foto: Katja Heims

Zudem konnte die CDU ihre Frauenquote in den Räten der kreisfreien Städte auf 26,38 Prozent erhöhen. Hervorzuheben sind neben der bisher einzigen Landrätin in Nordrhein-Westfalen – Eva Irrgang in Soest – auch zwei weitere Frauen, die nun künftig das Landratsamt führen: Silke Gorißen im Kreis Kleve und Anna Katharina Bölling im Kreis Minden-Lübbecke. Insgesamt gelang es neun CDU-Kandidatinnen, in den Stichwahlen ein kommunales Bürgermeisteramt zu gewinnen.

Bedauerlich sind die verlorenen Oberbürgermeisterämter in Bonn, Hamm und Aachen. Trotz des großen umweltpolitischen Engagements von Alexander Sridharan ist es in Bonn nicht gelungen, die Stichwahl für uns zu entscheiden. Der Landesvorsitzende Armin Laschet sprach auch dem langjährigen CDU-Oberbürgermeister von Hamm, Thomas Hunsteger-Petermann, seinen großen Dank für dessen geleistete Arbeit in mehr als 21 Jahren aus und bedauerte sein Amtsende. Auch in Aachen reichte das Endergebnis des CDU-Kandidaten in der Stichwahl nicht aus.

In Dortmund verpasste unser Kandidat Andreas Hollstein die Sensation denkbar knapp mit 48,03 Prozent der Stimmen – ein sehr respektables Ergebnis!

Der 13. September und auch die Stichwahl zwei Wochen später haben gezeigt, dass die CDU Wahlen gewinnen kann – in ländlichen Regionen, wie auch in den großen Städten Nordrhein-Westfalens. Unser Landesvorsitzender Armin Laschet dankte allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihr Engagement und lobte die zahlreichen Ehrenamtler und Wahlkampf helfer für ihre hohe Motivation und ihren Tatendrang. Fest steht für ihn und die CDU Nordrhein-Westfalen: „Wir sind und bleiben die Volkspartei im Land und die einzige Partei, die ein breites und überzeugendes Angebot an alle Teile unserer Gesellschaft macht.“ ■



Foto: Ralph Sondermann

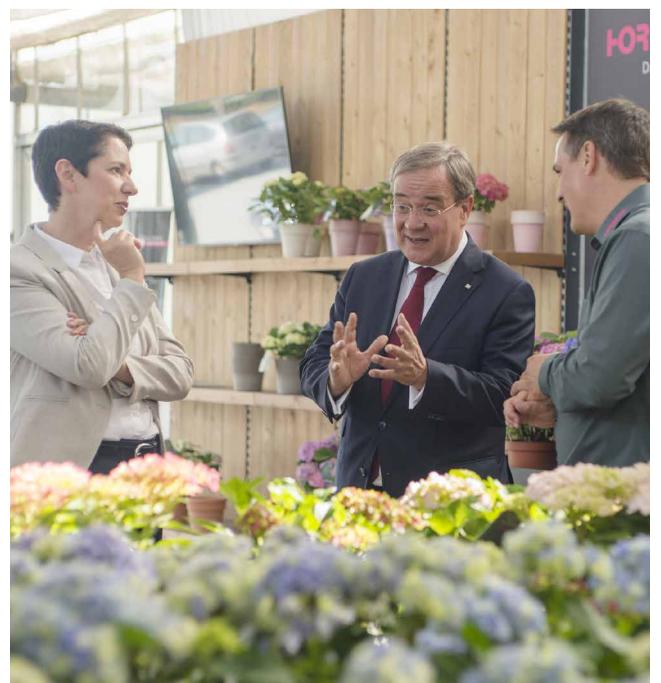


Foto: Christian Wucherpfennig



## **Die industrielle Transformation – Chance und Herkulesaufgabe für den Standort NRW**

*Ein Gastbeitrag von Arndt G. Kirchhoff – Präsident Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw)*

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Doch dies gilt für das Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen insgesamt. Wir alle erleben, wie schwer die Corona-Pandemie unser Land trifft. Viele Bereiche der Industrie haben in diesem Jahr erhebliche Rückgänge in ihrer Geschäftstätigkeit erlebt – und dies zu einer Zeit, in der sie eigentlich alle Kräfte benötigen, um massive Investitionen in ihre Zukunftsfähigkeit leisten zu können. Denn es geht um die erfolgreiche Bewältigung der nachhaltigen, digitalen Transformation, die Voraussetzung für langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe ist.

Auch deshalb war es so wichtig, dass die Politik in den Monaten der Pandemie – gerade hier in Nordrhein-Westfalen – gutes Krisenmanagement betrieben und mit einer Vielzahl von Unterstützungsleistungen die schlimmsten Folgen abgefedert hat. Und dennoch haben gerade Industrieunternehmen vor allem zuletzt viel Eigenkapital verloren – Geld, das sie eigentlich brauchen, um in den tiefgreifenden Strukturwandel zu investieren und ihre Geschäftsmodelle zukunftsfähig aufzustellen.

### **Industrielles Wertschöpfungsnetzwerk ist Standortvorteil für Nordrhein-Westfalen**

Das Erfolgsmodell unserer Wirtschaft – und das gilt besonders für den Standort Nordrhein-Westfalen – basiert bislang auf dem funktionierenden Zusammenspiel gleich mehrerer Faktoren: Unser hoher Industrieanteil im Verbund mit

hochqualifizierten industrienahen Dienstleistungen, unsere integrierten Wertschöpfungsketten und kundennahen Innovationen, dazu eine insgesamt leistungsfähige Infrastruktur, an deren Modernisierung aber unverändert hart gearbeitet werden muss, überdies unsere Wettbewerbsfähigkeit und starke Exportorientierung von leistungsfähigen Unternehmen mit qualifizierten Beschäftigten. Dies alles hilft unserem Land enorm – wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch, regionalpolitisch!

Doch dieses Erfolgsmodell ist gerade unter Druck und mehr denn je gefordert. Denn es ist konfrontiert mit einer steigenden Dynamik in Richtung einer nachhaltigen digitalen Transformation unserer Industriegesellschaft. Wir stehen mitten in einem industriegesellschaftlichen Wandel. Dieser wird getrieben durch die Notwendigkeit zur Treibhausgasneutralität, Digitalisierung und Elektrifizierung und massiv beschleunigt durch die Herausforderungen der Corona-Krise.

Für Nordrhein-Westfalen steht dabei viel auf dem Spiel. Denn wir wissen, welche herausragende Bedeutung die industriellen Wertschöpfungsketten und der enge Verbund der Wirtschaftssektoren für Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land haben. Sie sind zugleich unser strategisches Alleinstellungsmerkmal im internationalen Standortwettbewerb. Denn keine andere Region Europas kann diese Dichte gepaart mit einer exzellenten Hochschullandschaft bieten. Diesen Vorzug müssen wir noch mehr nutzen.

## Nachhaltige Transformation der Industrie mit konkreten Projekten vorantreiben

Stärker denn je befinden wir uns in einem massiven internationalen Wettbewerb um die Innovationsführerschaft und die damit verbundenen notwendigen Zukunftsinvestitionen. Für das Gros der Industrieunternehmen in diesem Land sind die Zusammenhänge unzweifelhaft klar. Auch deshalb hat sich unlängst eine branchenübergreifende Initiative mehrerer Persönlichkeiten aus der NRW-Industrie aus vielen Teilen des Landes – darunter Konzern-CEOs und Eigentümer großer Mittelständler – zusammengefunden.

Wir haben gemeinsam überlegt, wie nachhaltige Transformation am Industriestandort NRW gelingen kann. Und wie Politik dabei unterstützen muss. Denn der Veränderungsdruck ist immens. Und deshalb bin ich sehr froh, dass sowohl die EU-Kommission als auch die Bundesregierung jüngst Instrumente und Programme aufgelegt haben, die die nachhaltige Transformation der Industrie auch für NRW stärken. Dabei geht es um den Ausbau Erneuerbarer Energien ebenso wie die gesamte Wertschöpfungskette rund um den Wasserstoff. Beides kann jetzt durch Fördermaßnahmen und die richtigen rechtlichen Weichenstellungen auf europäischer und auf nationaler Ebene vorangetrieben werden.

Das ist der Hintergrund für diese Initiative, die wir als Landesvereinigung der Unternehmensverbände moderiert und organisiert haben. Wir haben ein gemeinsames Projektpapier erarbeitet für eine nachhaltige Transformation in Nordrhein-Westfalen – mit 13 Projekten und einem Investitionsvolumen von rund vier Milliarden Euro. Dieses Papier haben wir unlängst Ministerpräsident Armin Laschet und Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart anlässlich eines branchenübergreifenden Spitzengesprächs vorgestellt und überreicht.

Unsere Vorschläge – und das ist das Besondere – umfassen die gesamte Wertschöpfungskette des Wasserstoffes, von der Forschung über die Produktion, zum Transport und zur Speicherung bis hin zur Anwendung. Diese Spannweite lässt sich nur in Nordrhein-Westfalen umsetzen: Hier sitzen die großen Verbraucher, hier gibt es bereits heute eine beispiellose Wasserstoffinfrastruktur. Ansätze und Projekte wie diese sollen dazu beitragen, in der Industrie vermehrt „grüne“ Energie zu nutzen, um Emissionen einzusparen und so die Klimaziele zu erreichen.

Um sie zu verwirklichen, brauchen wir ein Miteinander von Politik und Wirtschaft, einen Mix aus staatlichen Instrumenten sowie privatwirtschaftlichem Engagement und Investitionslinien. Klar ist: Die Dringlichkeit des Wandels

unserer Industrie ist hoch. Auch wenn die Bewältigung der Corona-Pandemie jetzt viele Kräfte bindet, so dürfen wir hier jetzt keine Zeit verlieren.

## NRW braucht noch mehr Tempo beim 5G- und Breitbandausbau

Die industrielle Transformation schaffen wir aber nur, wenn Nordrhein-Westfalen noch konsequenter beim Thema Digitalisierung wird. Viele unserer Unternehmen im Land sind hier schon sehr weit, sie leben Digitalisierung längst in ihren Abläufen. Sie nutzen Informations- und Kommunikationstechnologie, damit sie Maschinen und Prozesse intelligent vernetzen können. Damit flexibilisieren wir unsere Produktion, optimieren unsere Fabriken und fördern die Kreislaufwirtschaft.

Doch immer wieder stoßen wir an unser Limit, wenn Mobilfunknetze und Leitungen an ihre Grenzen kommen. Da müssen wir in Nordrhein-Westfalen noch schneller besser werden, denn die digitale Infrastruktur im Land ist längst noch nicht überall in der Form, in der wir sie gerne hätten. Das gilt vor allem für die ländlichen Regionen, den industriellen Herzkammern unseres Landes. Gewiss: Es geschieht schon viel, aber wir brauchen noch mehr Tempo beim 5G- und Breitbandausbau. Hochleistungsfähig, sicher, flächendeckend – das sind die drei Anforderungen für die Infrastruktur einer digitalisierten Industrie. Allen muss klar sein: Ohne Digitalisierung keine Energiewende, keine Mobilitätswende, keine nachhaltige Transformation – und damit letzten Endes keine Investitionen in zukunftsfähige Arbeitsplätze. All' dies gehört untrennbar zusammen, es bedingt einander!

Zuletzt noch ein Gedanke, den uns Corona noch einmal sehr klar vor Augen führt: Im Vollsprint hat uns die Pandemie gezeigt, dass mobiles Arbeiten nicht nur dazu beiträgt, die Infektionszahlen niedrig zu halten, sondern auch die Chance für neue betriebliche Abläufe bietet. Auch vor Corona haben wir in unseren Unternehmen Homeoffice genutzt, doch jetzt wird diese Entwicklung noch einmal beschleunigt. Mobiles Arbeiten ist in der modernen betrieblichen Arbeitswelt längst Wirklichkeit, es funktioniert! Warum ausgerechnet hier jetzt ein gesetzlich verbrieftes, generelles Recht der Arbeitnehmer auf 24 Tage Homeoffice pro Jahr zusätzlich helfen soll, erschließt sich mir nicht. Es passt weder zu den Möglichkeiten der Unternehmen noch zu den Bedürfnissen unserer Mitarbeiter. Viel zu unterschiedlich sind in der Regel die Tätigkeiten, viel zu oft ist im Beruf kreative Teamarbeit gefragt. Deshalb mein Appell: Bitte nicht schon wieder etwas pauschal und gesetzlich regulieren, was sich in der Praxis längst eingespielt hat. ■

## 12 Fragen an Silke Gorißen

**Silke Gorißen**, Jahrgang 1971, studierte Rechtswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Nach dem Rechtsreferendariat im Landgerichtsbezirk Kleve nahm sie ihre Tätigkeit als selbständige Rechtsanwältin auf und arbeitete bis Ende Oktober 2020 mit zwei Anwaltskollegen in einer Kanzlei in Kleve. Seit November 2020 ist Silke Gorißen Landrätin des Kreises Kleve. In der CDU ist sie in verschiedenen Ämtern politisch aktiv. Mit ihrem Lebensgefährten und dem gemeinsamen Sohn lebt Silke Gorißen in Bedburg-Hau.

### **Als Kind wollten Sie sein wie?**

Ich wollte wie der Meeresforscher Hans Hass mit Haien tauchen.

### **Wie sind Sie in die Politik gekommen?**

Über Schulfreunde, die in meiner Jahrgangsstufe bereits Mitglied der Jungen Union waren; sie haben mich überzeugt, mitzumachen. Danach folgte die aktive Mitgliedschaft im RCDS Bonn und schließlich der Eintritt in die CDU.

### **Wer ist Ihr politisches Vorbild?**

Roman Herzog

### **Wenn Sie ein Vorhaben beschleunigen könnten, welches wäre das?**

Den RE 10 – Niers-Express von Kleve nach Düsseldorf nach vielen Jahren endlich wieder zuverlässig und pünktlich fahren zu sehen

### **Gibt es einen politischen Gegner, den Sie sehr schätzen?**

Frank-Walter Steinmeier, als er noch nicht Bundespräsident war, sondern Parteipolitiker

### **Wie verbringen Sie ein freies Wochenende?**

Am liebsten mit meinem Lebensgefährten, unserem Sohn und unserem Hund. Wir sind gerne mit den Rädern unterwegs, unternehmen Ausflüge und treffen uns mit Freunden.

### **Was lesen Sie gerade?**

„Gebrauchsanweisung für Australien“ von Joscha Remus und „Oktoberfest 1900“ von Petra Grill

### **Bei welcher Musikrichtung fühlen Sie sich aufgehoben?**

Das kommt ganz auf die Stimmungslage an: Von Klassik über Jazz und Pop bis hin zu Country.

### **Für welches Fernsehereignis lassen Sie alles andere liegen?**

Wenn es zeitlich möglich ist, für „SCHULD nach Ferdinand von Schirach“.

Bei uns in NRW 03/20

### **Haben Sie ein Lebensmotto?**

„Wir selbst müssen die Veränderung werden, die wir geschehen sehen wollen“ von Mahatma Ghandi

### **Während des Wahlkampfes um den Landratsposten sind Sie in den Sozialen Medien angefeindet worden. Wie sind Sie damit umgegangen und welche Lehren haben Sie daraus gezogen?**

Es waren Anfeindungen insbesondere sexistischer Natur von Männern aus offensichtlich politisch extremen Lagern. Zunächst habe ich versucht, durch Negieren diese Anfeindungen ins Nichts laufen zu lassen, weil ich dachte, sie würden dann aufhören. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Irgendwann war der Zeitpunkt gekommen, wo es mir gereicht hat. Ich habe die Anfeindungen öffentlich gemacht und mit Strafanzeigen gedroht. Heute weiß ich, dass dieses Vorgehen der richtige Weg war, um Einhalt zu gebieten.

### **Was sind Ihre ganz persönlichen Ziele, die Sie in den kommenden fünf Jahren im Kreis Kleve erreichen wollen?**

Ich möchte den Kreis Kleve gut durch die Corona-Krise führen und zu einer Top-Wirtschaftsregion mit einem starken Mittelstand, einem starken Handwerk und einer leistungsfähigen Landwirtschaft im Einklang von Ökonomie und Ökologie entwickeln. Dabei ist mir die enge euregionale Zusammenarbeit besonders wichtig. Eltern sollen in Zukunft noch flexiblere Betreuungsangebote für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorfinden, wenn sie im Schichtdienst arbeiten. Wir brauchen eine zuverlässige und moderne Verkehrsinfrastruktur. Der Kreis Kleve soll klimaneutral werden. Die Kreisverwaltung möchte ich zu einer modernen, serviceorientierten Verwaltung mit umfangreichen digitalen Angeboten ausbauen. Sicher muss der Kreis Kleve sein mit einer starken und gut vernetzten Kreispolizeibehörde. Vor allem liegt mir aber auch die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren 16 Städten und Gemeinden besonders am Herzen.

# 12 Fragen an Marc Buchholz

**Marc Buchholz**, geboren 1968 in Duisburg-Hamborn, verheiratet, zwei Kinder. 1992 Abschluss der Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst in der Bundesagentur für Arbeit in Mannheim. 2013 Master in Sozialmanagement an der Hochschule Niederrhein. Von 2001 bis 2005 war er als Referent und Geschäftsführer der CDU-Ratsfraktion im Düsseldorfer Rathaus tätig. Im Jahr 2005 und von 2013 bis 2019 gewählter Beigeordneter der Wallfahrtsstadt Kevelaer. Zuletzt arbeitete Marc Buchholz als Beigeordneter der Stadt Mülheim für Bildung, Soziales, Sport, Kultur, Jugend und Gesundheit. Seit Oktober 2020 ist er neuer Oberbürgermeister der Stadt Mülheim an der Ruhr.



## **Als Kind wollten Sie sein wie?**

Pan Tau, gut gelaunt mit Zaubermelone und Regenschirm, der Unmögliches möglich macht!

## **Wie sind Sie in die Politik gekommen?**

Nach der Schule habe ich Mitglieder der JU im Ratskeller angesprochen und bin so zu einem zunächst interessanten Hobby, dann Ehrenamt und anschließendem Traumberuf gekommen.

## **Wer ist Ihr politisches Vorbild?**

Vorbilder sind für mich die Politiker der 80er Jahre. Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher, Heiner Geißler, Willy Brandt, Herbert Wehner, Otto Schily u.a. Sie waren in ihrer konsequenten Art des Denkens und Handelns und auch in ihrer Fehlbarkeit und Menschlichkeit bis heute meine Vorbilder.

## **Wenn Sie ein Vorhaben beschleunigen könnten, welches wäre das?**

Die Bewältigung der Corona-Pandemie

## **Gibt es einen politischen Gegner, den Sie sehr schätzen?**

Es gibt keine Gegner, höchstens Mitbewerber. Ich schätze sie und damit auch alle ihre Wähler\*innen.

## **Wie verbringen Sie ein freies Wochenende?**

Mit meiner Familie und Freunden

## **Was lesen Sie gerade?**

„Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand“ von Jonas Jonasson

## **Bei welcher Musikrichtung fühlen Sie sich aufgehoben?**

Die 80er Musik war und ist prägend für mich.

## **Für welches Fernsehereignis lassen Sie alles andere liegen?**

Für die Eröffnung einer Sportgroßveranstaltung wie z.B. Olympische Spiele

## **Haben Sie ein Lebensmotto?**

Wenn man fragt, kann man ein JA bekommen, fragt man nicht, so hat man immer ein NEIN!

## **Sie leben in einem Mehrgenerationenhaus. Welche Erfahrungen nehmen Sie aus Ihrer Lebenssituation mit in die Politik?**

Aus gegenseitiger Achtung wächst Verständnis für den jeweils anderen.

## **Was sind Ihre ganz persönlichen Ziele, die Sie in den kommenden fünf Jahren in der Stadt Mülheim erreichen wollen?**

Über Vertrauen den Weg für eine gemeinsame, bessere Zukunft in Mülheim ebnen und meinen Neun-Punkte-Plan erfolgreich abarbeiten.



# DIE GRÜNEN IM SPAGAT ZWISCHEN REALPOLITIK UND IDEOLOGIE

Von Henrik Bröckelmann und Maximilian Glaubitz

War der Slogan der 1980 gegründeten Partei „Die Grünen“ noch „ökologisch, basisdemokratisch, sozial, gewaltfrei“, so könnte er jetzt, gut 40 Jahre nach der Gründung und vielerlei Häutungen „Friede, Freude, Eierkuchen“ lauten: Als außerparlamentarische Opposition gestartet, liegt die Partei in den bundesweiten Umfragen bei nahezu 20 Prozent. Der zweite Platz im Parteiensystem – vor der SPD – scheint derzeit gesichert. Folglich beginnt die Partei, unter freundlicher Begleitung durch die Medien, ernsthaft über eine Kanzlerkandidatur zu diskutieren. Auch in den Bundesländern scheint die Lage auf den ersten Blick hervorragend: Mit elf Regierungsbeteiligungen sind die Grünen an genauso vielen Landesregierungen beteiligt, wie Union und SPD. Bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen konnte die Partei sowohl in Großstädten wie Aachen und Bonn, als auch in ländlicheren Gemeinden wie Havixbeck und Rösrath Erfolge erzielen.

## **Doch ist wirklich alles so wunderbar bei den Grünen?**

Es sind aber genau diese Erfolge, die ernsthafte Probleme für die Öko-Partei mit sich bringen. Sie bewegt sich im Spagat zwischen realpolitischen Notwendigkeiten als Regierungspartei und dem ihr innewohnenden ideologischen Korsett. Dieser Spagat lässt sich nur schwer lösen und wird die Partei noch vor eine enorme Bewährungsprobe stellen. Nach dem Konflikt um den Kosovo-Einsatz der Bundeswehr 1999 bekommen die Grünen nun zum zweiten Mal in ihrer Geschichte ernsthaften Gegenwind aus dem eigenen politischen Lager, diesmal aus der Umweltbewegung. An den bisher bundesweit eher unbekannteren Flecken „Danneröder Wald“ in Hessen und „Hambacher Forst“ im Rheinischen Revier werden die inneren Widersprüche der Grünen offenbar.

## **„Zwischen Baum und Beton“: #Danni und #Hambi erlangen bundesweite Bekanntheit**

Seit mehr als 40 Jahren warten die Pendler und Anwohner in den hessischen Kreisen Schwalm-Eder und Vogelsberg auf einen ca. 42 Kilometer langen Lückenschluss der Autobahn 49 zwischen Neuenthal und Gemünden. Der Planfeststellungsbeschluss für das letzte Teilstück stammt aus dem Mai 2012. Im Juli 2020 wurden die letzten Klagen gegen den Bau der Autobahn vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen. „In Sachen Weiterbau der A 49 kann man dem Rechtsstaat schon seit 40 Jahren bei der Arbeit zusehen“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Selbstverständlich wird beim Bau der Autobahn die Wasserrahmenrichtlinie eingehalten und damit auch die Trinkwasserversorgung für den Norden Frankfurts auch in Zukunft gesichert. Wie bei jedem deutschen Infrastrukturvorhaben gleichen umfangreiche Aufforstungsmaßnahmen den menschlichen Eingriff in die Umwelt aus.

Doch kurz nachdem am 1. Oktober, also nach dem Ende der Vegetationsperiode, die ersten Rodungsarbeiten für den Bau der A 49 begannen, rief ein breites Bündnis von Umweltgruppen aus dem grünen Milieu (BUND, Fridays for Future, Campact) zu einer Großdemonstration gegen die Rodung des Danneröder Waldes am 4. Oktober auf. Mit Parolen wie „Danni bleibt“, „Keine Autobahn, nirgendwo!“, „A 49 – Verbrechen gegen Menschheit und Natur“ stemmten sich die Aktivisten gegen den Bau der Autobahn, einige besetzten sogar Teile des Waldes. Flugs kam auch Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner aus dem fernen Berlin nach Nordhessen geeilt, um seine „Solidarität zu zeigen“. Annalena Baerbock und Anton Hofreiter forderten via Süddeutscher Zeitung noch am selben Tag einen generellen Baustopp für den Bau von Autobahnen in ganz Deutschland.

Lediglich die Grünen im Bundesland Hessen hielten sich auffällig bedeckt. Hatten sie doch noch 2014 im Hessischen Landtag in einem gemeinsamen Antrag mit der CDU vom Bund eine gesicherte Finanzierung für den Bau der Autobahn eingefordert, und sich im Koalitionsvertrag vom Dezember 2018 zur Wichtigkeit „leistungsstarker Verkehrswege“ für das Transitland Hessen und die Fertigstellung der A 49 bekannt.

So half auch der Einsatz der Bundesspitze bei ihren einstigen Unterstützern nicht. Die Grünen können die radikalen Umweltschützer nicht befriedigen. Fridays for Future Frankfurt twitterte im Zusammenhang mit den Protesten gegen die A 49 beispielsweise, die Grünen seien „keine ökologische Partei“. Luisa Neubauer, deutsche Vorkämpferin von Fridays for Future, Mitglied der Grünen und Liebling der Medien zeigte sich in ähnlicher Weise enttäuscht vom divergierenden Verhalten ihrer Partei. Die Frage der Tageszeitung „Die Welt“, ob die Grünen noch ihre Partei sei, beantwortete sie mit einem lapidaren „Darüber reden wir ein andermal.“ Die radikalen Umweltaktivistinnen von „Extinction Rebellion“ besetzten gar die grüne Parteizentrale in Berlin, um gegen den Bau der A 49 zu demonstrieren. Der geneigte Beobachter aus Nordrhein-Westfalen wird sich bei den Geschehnissen um den Danneröder Wald an den Hambacher Forst erinnert fühlen. Der Wald zwischen Aachen und Köln wird seit den 70er Jahren von RWE für die mögliche Erweiterung des Hambacher Braunkohlentagebaus gerodet. Von der Anti-Kohle-Bewegung zum Symbol gegen die Kohlepolitik erhoben, wurde er seit 2012 von Anhängern von Umweltschutzgruppen und linksextremistischen Verbänden besetzt.

Die grüne Landtagsfraktion spielt sich zwar heute als der parlamentarischer Arm dieser Bewegung auf, verschweigt dabei aber, dass es die rot-grüne Landesregierung war, die noch 2016 in ihrer letzten Leitentscheidung zum Braunkohlentagebau die Rodung des Hambacher Forsts und die Fortführung des Braunkohlenabbaus bis in das Jahr 2045 vorsah.

Anders die schwarz-gelbe Landesregierung unter Armin Laschet: Wohl kaum eine nordrhein-westfälische Landesregierung arbeitete so intensiv an einem gesellschaftlichen Konsens in der Kohlepolitik. Ein Konsens bei dem die Klimapolitik, die Interessen der betroffenen Arbeitnehmer, der Kommunen im Rheinischen Revier und der Industrie zusammengeführt wurden. Erst die NRW-Koalition aus CDU und FDP änderte die genannte Leitentscheidung zum Braunkohlentagebau. Im Endergebnis wird der Hambacher Forst gerettet. 1,2 Milliarden Tonnen Braunkohle bleiben im Boden. Damit kann die größte CO<sub>2</sub>-Reduzierung in der Geschichte beginnen. Der Strukturwandel im Rheinischen Revier wird zugleich mit milliardenschweren Strukturhilfen aus Bund und Land abgefedert.

Die Beispiele grüner Doppelmoral ließen sich in zahlreichen Politikbereichen fortführen. So ließ die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann in Friedrichshain-Kreuzberg zwar während der Corona-Zeit jeden illegal aufgestellten Heizpilz durch ihre Ordnungsbehörden verfolgen. Gleichzeitig ließ sie aber zu, dass die Corona-Zahlen stiegen und die grüne Klientel munter Corona-Partys feiern konnte. Was folgte, war ein politischer Offenbarungseid erster Güte. Man musste zugeben, dass das Gesundheitsamt bei

der wichtigen Verfolgung der Kontaktketten überfordert sei, lehnte aber, völlig unverständlich, die zügig angebotene Hilfe der Bundeswehr aus ideologischen Gründen ab. Ideologie war wichtiger als Vernunft, wichtiger als der Schutz der Menschen.

Ein weiteres Beispiel ist die Wirtschaftspolitik. Während sich Annalena Baerbock auf dem Tag der Industrie von den versammelten Spitzen der deutschen Wirtschaft feiern lässt, der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann, als Fürsprecher der deutschen Autoindustrie geriert und für den Verbrennungsmotor ausspricht, wollen andere in der Partei lieber heute als morgen aus der Produktion des Verbrenners aussteigen.

Was gilt also?

### **Die Klimaliste: Erwächst den Grünen umweltradikalere Partei als Konkurrenz?**

Die Entfremdung zwischen Umweltbewegung und Grünen scheint inzwischen soweit gediehen zu sein, dass auch eine Spaltung der Ökobewegung nicht mehr ausgeschlossen scheint. In Baden-Württemberg gründete sich die so genannte „Klimaliste“ als neue Partei. Sie will bei der Landtagswahl 2021 in allen Wahlkreisen des Bundeslandes antreten. Radikaler Klimaschutz ist ihr Motto. Ihre Unterstützer sehen die Klimakrise durch die gesamte Politik, also auch durch die Grünen, nicht ausreichend gewürdigt. Erste Erfolge erzielte die neue Partei bereits bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, wo sie auf Anhieb in den Düsseldorfer Stadtrat einzog. Während das Phänomen Klimaliste von vielen grünen Funktionären heruntergespielt wird, fürchtet Winfried Kretschmann schon um seine Mehrheit im Landtag. Zuletzt bezeichnete er die Klimaliste als „Gefahr“ und mahnte, die ökologische Parteienlandschaft dürfe sich nicht weiter fragmentieren und dadurch selbst schwächen.

### **Fazit**

Insgesamt bleibt also offen, ob und wie die Grünen das Dilemma zwischen Realpolitik und umweltpolitischer Ideologie lösen können. Erste mahnende Beispiele, wie das Erstarken der Klimaliste oder die Kritik populärer Mitglieder, sollten die Partei aufhorchen lassen. Biedern sie sich weiter den lauten Öko-Aktivistinnen an, die wenig Respekt vor rechtsstaatlichen Entscheidungen haben und mit teils gefährlichen Aktionen auf sich aufmerksam machen, werden sich viele neu hinzugewonnene Anhänger der gesellschaftlichen Mitte von ihnen abwenden. Gehen die Grünen hingegen den Weg der Realpolitik und streiten für Lösungen, die Umwelt, Wirtschaft und andere Gemeinwohlinteressen unter ein Dach bringen, dann werden sie wohl einen bedeutenden Teil ihrer traditionellen Anhängerschaft verlieren und gegenüber radikaleren Öko-Parteien einbüßen. Die Fliehkräfte innerhalb der Partei wachsen. Damit wird auch klar, was die Grünen nicht sind, eine Volkspartei nämlich, mit breiter Bindekraft in alle Bevölkerungsschichten von links nach rechts. Wollen die Grünen künftig ernsthaft als regierungsfähig wahrgenommen werden, dann werden die Grünen zunächst einmal ihre inneren Widersprüche lösen müssen. ■



## Meckern, maulen, miesmachen

Liebe Freunde der CDU,

ein turbulentes Jahr, das im Wesentlichen von der Corona-Pandemie bestimmt war, liegt fast hinter uns. Auf uns alle, auf die Wirtschaft, das soziale Miteinander und auch auf unser Partei-leben hatte diese Herausforderung gravierende Auswirkungen.

Die Kommunalwahlen konnten wir zum Glück in einer Phase relativ niedriger Fallzahlen erfolgreich abhalten. Es ist uns als CDU gelungen, weiterhin die stärkste Partei im Land zu bleiben. Wir waren sowohl auf dem Land, als auch in den Städten erfolgreich.

Verschieben mussten wir allerdings den Bundesparteitag. Gleiches gilt auch für den Landesparteitag. Wenn wir von jedem Kontaktbeschränkungen erwarten, müssen auch wir Vorbild sein und Parteitage mit hunderten Delegierten verschieben.

Es gibt in dieser Situation keine einfachen Lösungen. Wir müssen uns behutsam vortasten und flexibel agieren. Das, was gestern richtig schien, muss vielleicht morgen schon wieder angepasst werden. Das aber ist kein Zickzack, sondern eine verantwortungsvolle Politik, die die Eingriffe möglichst gering halten und uns schützen will. Die Gesundheit der Menschen ist das höchste Gut. Alles andere muss dahinter zurückstehen.

Die CDU-geführte Landesregierung hat in den vergangenen Monaten alles getan, um Gefahren abzuwehren und Härten abzufedern. Von der Opposition kam dabei wenig Konstruktives, nichts was auf eine gemeinsam empfundene Verantwortung für das Land schließen lässt. Das ist schade. Aber vermutlich dem Umstand geschuldet, dass vor allem die SPD sehr mit sich selbst beschäftigt ist. Was es aber in dieser Situation nicht braucht, ist ein sich mit allen Mitteln profilierender SPD-Fraktionsvorsitzender, der nicht das Gemeinwohl im Sinn hat, sondern einzig und allein das eigene politische Fortkommen. Das Land, die Menschen und deren Zukunft sind ihm egal.

Ratschläge vom Seitenaus, das ständige Skandalisieren von Kleinigkeiten und das Ausblenden der Tatsache, dass man für vieles, was man heute kritisiert, jahrelang selbst Verantwortung trug, das bringt unser Land nicht aus der Krise, geschweige denn nach vorne.

Da bin ich doch froh, dass die NRW-Koalition mit Armin Laschet an der Spitze unser Land führt.

Ich wünsche Ihnen allen ruhige Weihnachtstage und bleiben Sie gesund.

Ihr  
Josef Hovenjürgen MdL

# WIR SAGEN DANKE FÜR **4.372.538** HÖHEPUNKTE!



**4.372.538** PRODUZIERTE WERBEMITTEL

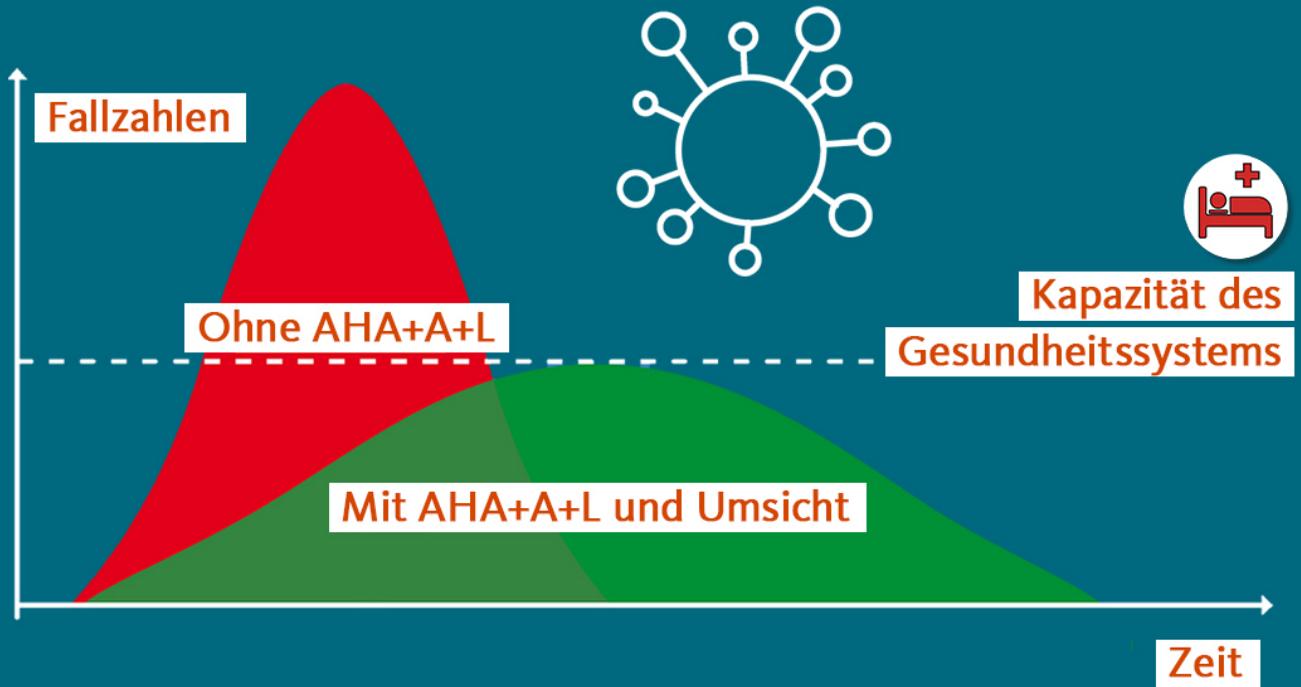
3.190.020 FLYER & FALTBLÄTTER | 30.428 PLAKATE | 172.450 BROSCHÜREN  
3.136 GROSSPLAKATE & BANNER | 214.250 KUGELSCHREIBER | 268.250 VISITENKARTEN  
38.900 BRIEFBÖGEN | 85.750 POSTKARTEN | 54.000 MAILINGS | 39 WEBSEITEN  
19.016 SOCIAL MEDIA POSTS | 200.544 STREUARTIKEL & GIVEAWAYS

WIR SAGEN „DANKE!“ FÜR DIE TOLLE ZUSAMMENARBEIT IM  
KOMMUNALWAHLKAMPF 2020 UND SIND AUCH WEITERHIN FÜR SIE DA!

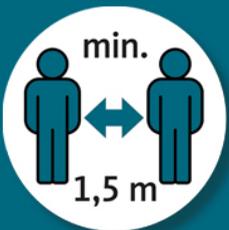
CreaCheck ist das ultimative Gestaltungstool für Unternehmen,  
Behörden und Institutionen – bis zu 90% Agenturkosten sparen!

# GEMEINSAM GEGEN CORONA

Helfen Sie mit, die Ausbreitung von Corona zu verlangsamen. Schützen Sie sich und andere und halten Sie sich an die erweiterten Hygieneempfehlungen\*.



\*Erweiterte Hygieneempfehlungen AHA+A+L



Abstand



Hygiene



Alltags-  
maske



App



Lüften